

Arbeitsakte

Akte: Betriebsprüfung & Selbstanzeige — Marquardt Handelsvertretung Maschinenbau GmbH & Co. KG (Augsburg)

betriebspruefung-und-selbstanzeige-marquardt-handelsvertretung-augsburg

Diese Datei bündelt alle Aktenstücke in einem Dokument. Die Einzeldateien liegen im Aktenordner ebenfalls vor.

Inhaltsverzeichnis

Teil	Inhalt
Teil 1	Aktenstücke (Markdown) (22)
Teil 2	E-Mails (5)
Teil 3	Excel-Tabellen (2)
Teil 4	Word-Dokumente (3)
Teil 5	Bildanlagen und Screenshots (3)
Teil 6	PDF-Anhänge (Originaldokumente) (2)

Aktenstücke (Markdown)

Datei: 01-mandatsuebernahme-marquardt.md

01 — Mandatsübernahme Marquardt (Kanzleinotiz)

Kanzlei: Dr. Cornelia Vellbruck-Steinheim, Rechtsanwältin und Steuerberaterin / Falk Roosendaal, Steuerberater Dipl.-Kfm.

Kanzlei-AZ: VS-2026-StR-0508

Datum Erstgespräch: 04.02.2026

Gesprächsdauer: ca. 90 Minuten

Anwesende: Reinhard Marquardt-Eichenmüller (GF), Brigitte Marquardt-Eichenmüller (Ehefrau, stille Kommanditistin), Dr. Vellbruck-Steinheim, StB Roosendaal

Sachverhaltsaufnahme

Herr Reinhard Marquardt-Eichenmüller erscheint mit seiner Ehefrau und legt eine Prüfungsanordnung des Finanzamts Augsburg-Stadt vom 27.01.2026 vor (Steuernummer 142/9999/1234). Die Prüfungsanordnung umfasst die Veranlagungszeiträume 2020 bis 2024 und betrifft die Marquardt Handelsvertretung Maschinenbau GmbH & Co. KG (nachfolgend: KG) sowie die persönliche Einkommensteuer des Geschäftsführers.

Herr Marquardt-Eichenmüller schildert spontan folgende Punkte als potenziell problematisch:

- Der Pkw-Pool (7 Fahrzeuge) sei überwiegend aus Gründen der Außenwirkung beschafft worden; Fahrtenbücher existieren nur für 2 Fahrzeuge.
- Die Ferienwohnung auf Mallorca werde teils durch seinen Sohn Stefan (26 Jahre, Student) bewohnt; ein schriftlicher Mietvertrag fehle.
- Sein Bruder Heinz Marquardt führe als Subunternehmer Vertriebstätigkeiten durch; das Honorar von 95.000 EUR/Jahr (2020–2024) habe der Prüfer bereits bei einer früheren Prüfung 2018 beanstandet.
- Die Marquardt Luxembourg S.à r.l. sei auf Anraten eines Schweizer Beraters 2018 gegründet worden; dort würden Provisionen aus dem Portugal-Geschäft vereinnahmt.

StB Roosendaal ergänzt: Im Jahr 2023 wurden zwei portugiesische Lieferantenrechnungen ohne vollständige Pflichtangaben nach § 14 UStG zum Vorsteuerabzug angesetzt (Gesamtbetrag 41.200 EUR Vorsteuer).

Interessenkollisionsprüfung

Eine Interessenkollision mit bestehenden Mandaten ist nicht ersichtlich. Die KG und Herr Marquardt-Eichenmüller persönlich sind bisher steuerlich durch Kanzlei Hertl & Partner betreut worden; das Mandat wird vollständig an VS-2026-StR-0508 übertragen. Die frühere Kanzlei wird zur Übergabe sämtlicher Unterlagen aufgefordert.

Vorläufige Risikoeinschätzung

Bereich	Risiko	Priorität
Pkw-Pool 1%-Regelung	EUR 18.000–45.000 Nachsteuer	mittel
Firmenwohnung Mallorca vGA	EUR 80.000–140.000 Nachsteuer	hoch
Fremdvergleich Bruder vGA	EUR 120.000–280.000 Nachsteuer	hoch
Vorsteuer Portugal	EUR 41.200 Nachsteuer + Zinsen	mittel
Luxemburg-Tochter AStG	EUR 200.000–600.000 Hinzurechnung	sehr hoch
Kassenführung	EUR 20.000–80.000 Schätzung	mittel
Strafrecht § 370 AO	Freiheitsstrafe auf Bewährung möglich	existenziell

Gesamtexposure (Schätzung): EUR 480.000 bis EUR 1.185.000 Steuer und Zinsen, zzgl. etwaiger Strafrahen.

Vollmacht und Mandatsbedingungen

Die Vollmacht (§§ 80 AO, 13 BRAO) wird heute unterzeichnet. Sie umfasst die steuerliche und steuerstrafrechtliche Vertretung gegenüber Finanzbehörden, Gerichten sowie der Staatsanwaltschaft. Eine separate strafrechtliche Vollmacht nach § 137 StPO wird vorbereitet.

Honorar: Rahmenvereinbarung nach StBVV und RVG, Stundensatz Dr. Vellbruck-Steinheim EUR 380 netto, StB Roosendaal EUR 240 netto; Kostenvorschuss EUR 15.000 sofort fällig.

Nächste Schritte

1. Prüfungsanordnung analysieren, Fristverlängerungsantrag stellen (§ 197 Abs. 2 AO).
2. Vollständige Unterlagen 2020–2024 anfordern (Bilanzen, Kontenblätter, Belege Luxemburg).
3. Risikoworkshop mit Mandant innerhalb 14 Tagen.
4. Ersteinschätzung Selbstanzeigemöglichkeit § 371 AO (Luxemburg).

Notiert: Dr. Cornelia Vellbruck-Steinheim, 04.02.2026

Datei: 02-pruefungsanordnung-finanzamt-augsburg.md

02 — Prüfungsanordnung Finanzamt Augsburg-Stadt

Dokument: Prüfungsanordnung gem. § 196 AO

Behörde: Finanzamt Augsburg-Stadt, Betriebsprüfungsstelle

Sachgebiet: BP 3 — Mittelgroße Betriebe

Sachbearbeiter: Betriebsprüfer Dipl.-Finanzwirt Horst Kelterbaum

Datum: 27.01.2026

Eingegangen bei Mandant: 30.01.2026

Weitergeleitet an Kanzlei: 04.02.2026

Inhalt der Prüfungsanordnung

Das Finanzamt Augsburg-Stadt ordnet auf der Grundlage von **§ 196 AO** eine Außenprüfung an. Geprüft werden:

Steuerpflichtige: Marquardt Handelsvertretung Maschinenbau GmbH & Co. KG, Augsburg

Steuernummer: 142/9999/1234

Prüfungszeitraum: Veranlagungszeiträume **2020, 2021, 2022, 2023 und 2024**

Steuerarten:

- Körperschaftsteuer (betreffend Komplementär-GmbH)
- Gewerbesteuer
- Umsatzsteuer
- Feststellungsverfahren (§ 180 AO) — einheitliche und gesonderte Gewinnfeststellung

Zusätzlich wird eine verbundene Prüfung der persönlichen **Einkommensteuer** des Gesellschafter-Geschäftsführers Reinhard Marquardt-Eichenmüller (StNr. 142/8888/5678) für 2020–2024 angeordnet.

Beginn der Prüfung: 02.03.2026, 09:00 Uhr, Betriebsräume der KG, Dieselstraße 14, 86167 Augsburg.

Rechtliche Grundlagen

Die Prüfungsanordnung stützt sich auf:

- § 196 AO (Prüfungsanordnung)
- § 193 Abs. 1 AO (Außenprüfung bei Betrieben)
- § 5 BpO (Betriebsprüfungsordnung) — Prüfungsplan

Eine Rechtsbehelfsbelehrung ist beigefügt. Die Prüfungsanordnung ist ein Verwaltungsakt; Einspruch nach § 347 AO ist zulässig, hat jedoch keine aufschiebende Wirkung (§ 361 Abs. 1 AO).

Angeforderte Unterlagen (Anlage zur Prüfungsanordnung)

Der Prüfer fordert vorab an:

1. Jahresabschlüsse 2020–2024 mit Anlagen
2. Gewinn- und Verlustrechnungen nach Kostenstellen
3. Buchungsjournale (DATEV-Export oder CSV)
4. Anlagenverzeichnis und Kfz-Unterlagen
5. Mietverträge für betriebliche Immobilien

6. Verträge mit nahestehenden Personen (§ 1 Abs. 2 AStG)

7. Verrechnungspreisdokumentation Luxemburg

Kanzleistrategie zur Prüfungsanordnung

- Fristverlängerung für Unterlagenvorlage beantragen (§ 197 Abs. 2 AO) — Prüfungsbeginn auf 16.03.2026 verschieben.
- Prüfungsanordnung nicht anfechten (keine aufschiebende Wirkung, politisch kontraproduktiv).
- Vorabbesprechung mit Prüfer Kelterbaum anberaumen: Verfahrensabsprachen zu Prüfungsdauer und Akteneinsicht.
- Interne Unterlagensichtung priorisieren: Luxemburg-Unterlagen zuerst (höchstes Risiko).

Kommentar Dr. Vellbruck-Steinheim

> Die gleichzeitige Prüfung von GmbH & Co. KG und GF-Einkommensteuer ist Standard, erhöht aber den Abstimmungsaufwand erheblich. Die Tatsache, dass alle fünf Jahre gleichzeitig geprüft werden, deutet auf einen strukturierten Anlassprüfung hin — möglicherweise aufgrund einer Kontrollmitteilung aus Luxemburg oder Portugal. Das Luxemburg-Thema muss vor Prüfungsbeginn vollständig durchgecheckt sein.

Quelle: § 196 AO — <https://dejure.org/gesetze/AO/196.html>

Datei: 03-pruefungsdauer-pruefungsschwerpunkte.md

03 — Prüfungsdauer und Prüfungsschwerpunkte

Aktualisiert: 10.03.2026

Autor: StB Falk Roosendaal

Zeitplan der Prüfung

Phase	Zeitraum	Inhalt
Vorbereitungsphase	04.02.–15.03.2026	Unterlagensammlung, interne Analyse
Prüfungsbeginn	16.03.2026	Eröffnungsgespräch mit Prüfer Kelterbaum
Sachprüfung I (Ertragsteuern)	16.03.–14.04.2026	Pkw, Wohnung, Fremdvergleich
Sachprüfung II (Umsatzsteuer)	15.04.–30.04.2026	Vorsteuer Portugal, Auslandsleistungen
Sachprüfung III (International)	02.05.–30.05.2026	Luxemburg, AStG, Verrechnungspreise

Phase	Zeitraum	Inhalt
Sachprüfung IV (GoBD/Kasse)	02.06.–15.06.2026	Kassenführung Filiale
Schlussrunde	16.06.–18.06.2026	Klärungsgespräche, letzte Akteneinsicht
Schlussbesprechung	18.06.2026	Ergebnisbesprechung § 201 AO
Prüfungsbericht	ca. August 2026	§ 202 AO

Prüfungsschwerpunkte (mitgeteilt durch Prüfer Kelterbaum, 16.03.2026)

Prüfer Kelterbaum hat in der Eröffnungsbesprechung folgende Schwerpunkte genannt:

Schwerpunkt 1: Kraftfahrzeuge und Privatnutzung

- Vollständige Prüfung des Pkw-Pools (7 Fahrzeuge)
- Plausibilitätsprüfung 1%-Regelung vs. Fahrtenbuch (§ 6 Abs. 1 Nr. 4 EStG)
- Jahreswert der Privatnutzung nach BFH-Rechtsprechung

Schwerpunkt 2: Auslandsbeziehungen

- Marquardt Luxembourg S.à r.l. — Vertragsbeziehungen, Zahlungsflüsse, Substanznachweis
- Prüfung § 50d Abs. 3 AStG (Missbrauchsbekämpfung)
- Hinzurechnungsbesteuerung §§ 7–14 AStG

Schwerpunkt 3: Nahestehende Personen

- Subunternehmervertrag Heinz Marquardt — Fremdvergleich § 8 Abs. 3 KStG
- Wohnungsnutzung Sohn Stefan — vGA-Prüfung
- Angemessenheitsnachweis für alle Geschäfte mit Angehörigen

Schwerpunkt 4: Umsatzsteuer / Vorsteuer

- Portugal-Lieferung 2023: Rechnungsanforderungen § 14 UStG
- Reverse-Charge-Prüfung Dienstleistungen aus dem EU-Ausland

Schwerpunkt 5: Ordnungsmäßigkeit der Buchführung

- GoBD-Konformität der elektronischen Buchführung
- Kassenprüfung Filiale Augsburg-Oberhausen

Interne Bewertung der Schwerpunkte

Aus Kanzleisicht bestehen die größten Risiken bei den Schwerpunkten 2 (Luxemburg) und 3 (nahestehende Personen). Die Luxemburg-Konstellation ist besonders problematisch, da die Tochtergesellschaft nach bisheriger Aktenlage kaum eigene Substanz aufweist (kein eigenes Personal in Luxemburg, Geschäftsführer wohnt in Augsburg, Geschäftsadresse ist eine Briefkastenfirma bei einer Luxemburger Finanzverwaltungsgesellschaft).

Rechtliche Einordnung: Nach BFH I R 36/14 ([bundesfinanzhof.de](https://www.bundesfinanzhof.de)) sind bei Funktionsverlagerungen ins Ausland strenge Maßstäbe anzulegen; der BFH verlangt eine substantielle wirtschaftliche Tätigkeit am ausländischen Ort. Die Marquardt Luxembourg S.à r.l. dürfte diesen Test nicht bestehen.

Quellen:

- § 196 AO — https://dejure.org/gesetze/AO/196.html
- § 201 AO — https://dejure.org/gesetze/AO/201.html
- § 50d AStG — https://dejure.org/gesetze/AStG/50d.html

Datei: 04-pruefjahre-2020-2024.md

04 — Prüfungsjahre 2020–2024: Umsatz- und Ertragsstruktur

Stand: 16.03.2026 (Daten aus übergebenen Jahresabschlüssen)

Erstellt von: StB Falk Roosendaal

Kennzahlenübersicht 2020–2024

Jahr	Umsatz EUR	Rohergebnis EUR	EBIT EUR	KSt+GewSt EUR	Ausschüttung EUR
2020	14.800.000	3.700.000	840.000	248.000	200.000
2021	16.200.000	4.100.000	980.000	289.000	300.000
2022	18.400.000	4.600.000	1.240.000	366.000	450.000
2023	17.900.000	4.480.000	1.100.000	325.000	350.000
2024	18.100.000	4.525.000	1.180.000	349.000	400.000

Beteiligungsstruktur

- **Komplementär-GmbH:** Marquardt Verwaltungs-GmbH (100% R. Marquardt-Eichenmüller)
- **Kommanditisten:** R. Marquardt-Eichenmüller (95% Kapitalanteil), Brigitte Marquardt-Eichenmüller (5%)
- **Tochtergesellschaft:** Marquardt Luxembourg S.à r.l. (100% über Komplementär-GmbH)

Zahlungsflüsse an Luxemburg-Tochter (Provisionen)

Jahr	Provisionszahlung EUR	Bezeichnung	Vertragsgrundlage
2020	380.000	Vertriebsprovision Portugal/Südeuropa	Agenturvertrag 2018
2021	420.000	Vertriebsprovision Portugal/Südeuropa	Agenturvertrag 2018

Jahr	Provisionszahlung EUR	Bezeichnung	Vertragsgrundlage
2022	510.000	Vertriebsprovision Portugal/Südeuropa	Agenturvertrag 2018
2023	490.000	Vertriebsprovision Portugal/Südeuropa	Agenturvertrag 2018
2024	520.000	Vertriebsprovision Portugal/Südeuropa	Agenturvertrag 2018 (revidiert)
Gesamt	**2.320.000**		

Honorarzahlungen Heinz Marquardt (Bruder, Subunternehmer)

Jahr	Honorar EUR	Leistung laut Vertrag
2020	95.000	Vertriebsberatung Nordbayern
2021	95.000	Vertriebsberatung Nordbayern
2022	95.000	Vertriebsberatung Nordbayern
2023	95.000	Vertriebsberatung Nordbayern
2024	95.000	Vertriebsberatung Nordbayern
Gesamt	**475.000**	

Kfz-Pool Übersicht

Fahrzeug	Listenpreis EUR	Nutzungsberechtigte Person	Fahrtenbuch vorhanden
BMW X5 M50i	118.000	R. Marquardt-Eichenmüller	Nein
Mercedes E 450 Cabrio	92.000	R. Marquardt-Eichenmüller	Ja (2021–2024)
Porsche Cayenne S	128.000	R. Marquardt-Eichenmüller	Nein
VW Touareg R-Line	78.000	Vertriebsleiter Huber	Nein
Audi A6 Avant	68.000	Außendienst Gmeiner	Nein
Mercedes Vito	52.000	Filialeleitung Oberhausen	Nein
BMW 320d	48.000	Buchhaltungsleiterin Sander	Nein

Anmerkung zur Luxemburg-Substanz

Die Marquardt Luxembourg S.à r.l. hat laut luxemburgischem Handelsregister keinen Mitarbeiter in Vollzeit. Der eingetragene Geschäftsführer ist Herr Marquardt-Eichenmüller persönlich (Wohnsitz Augsburg). Die Gesellschaft verfügt über ein Konto bei der BGL BNP Paribas in Luxemburg, nutzt aber

eine Registered-Office-Adresse einer Finanzverwaltungsgesellschaft. Dies begründet den Anfangsverdacht für eine Durchgriffshaftung und Hinzurechnungsbesteuerung nach §§ 7 ff. AStG.

Quellen:

- §§ 7–14 AStG — <https://dejure.org/gesetze/AStG>
- § 6 Abs. 1 Nr. 4 EStG — <https://dejure.org/gesetze/EStG/6.html>

Datei: 05-betriebspruefung-feststellung-1-firmenwagen.md

05 — Feststellung 1: Pkw-Pool und 1%-Regelung

Feststellungs-Nr.: BP-1

Steuerart: Einkommensteuer / KSt

Prüfungsjahre: 2020–2024

Prüfer: Kelterbaum

Kanzlei-Stellungnahme: Dr. Vellbruck-Steinheim / Roosendaal, 22.04.2026

Sachverhalt

Der Prüfer beanstandet die Privatnutzung von fünf Fahrzeugen des Pkw-Pools. Für den BMW X5 M50i, den Porsche Cayenne S, den VW Touareg, den Audi A6 sowie den Mercedes Vito fehlen ordnungsgemäße Fahrtenbücher (§ 6 Abs. 1 Nr. 4 EStG). Lediglich für den Mercedes E 450 Cabrio liegt ein Fahrtenbuch ab 2021 vor.

Der Prüfer setzt die 1%-Regelung für alle sechs Fahrzeuge ohne Fahrtenbuch an. Bei Mehrfachnutzung durch den Gesellschafter-Geschäftsführer (BMW X5 und Porsche Cayenne) wird der Ansatz als verdeckte Gewinnausschüttung qualifiziert (§ 8 Abs. 3 KStG).

Berechnung Prüfer (Entwurf)

Fahrzeug	Listenpreis EUR	Jahreswert 1% p.M. EUR	x 12 Monate EUR	Prüfjahre	Gesamtansatz z EUR
BMW X5 M50i	118.000	1.180	14.160	5	70.800
Porsche Cayenne S	128.000	1.280	15.360	5	76.800
VW Touareg	78.000	780	9.360	5	46.800
Audi A6	68.000	680	8.160	5	40.800
Mercedes Vito	52.000	520	6.240	5	31.200
Summe					**266.400**

Vom Ansatz abzüglich bereits gebuchter Privatanteile (pauschale 25%) = Netto-Mehrgewinn ca. EUR 199.800 über 5 Jahre.

Gegenargumente Kanzlei

Zu BMW X5 und Porsche Cayenne: Die gleichzeitige Anwendung der 1%-Regelung auf zwei hochpreisige Fahrzeuge widerspricht dem BFH-Urteil vom 03.08.2016 (Az. VI R 55/14 — openjur.de), wonach bei nur einem Steuerpflichtigen je Fahrzeug die private Nutzung maximal auf das tatsächliche Nutzungsverhalten zu beschränken ist. Da nachweislich ein Fahrtenbuch für den Mercedes E 450 existiert, ist glaubhaft, dass der GF primär diesen nutzte.

Zum Porsche Cayenne: Das Fahrzeug diene überwiegend Repräsentationszwecken bei Kundenterminen (Nachweise liegen vor: 14 dokumentierte Kundentermine 2022 und 2023). Ein vollständiger Privatanteil ist nicht gerechtfertigt.

Zu VW Touareg und Audi A6: Diese Fahrzeuge stehen Vertriebsmitarbeitern zur Verfügung; Privatnutzung des GF ist faktisch ausgeschlossen (Standort Filiale Oberhausen).

Einigung in Aussicht

Kelterbaum signalisiert, bei BMW X5 und Mercedes E 450 einen Kompromiss zu suchen (ggf. Privatanteil 40% statt 100%). Für Touareg, A6 und Vito wird die Feststellung voraussichtlich zurückgenommen.

Mehrsteuer (Schätzung nach Kompromiss): EUR 28.000–38.000 KSt und ESt gesamt 2020–2024.

Quellen:

- § 6 Abs. 1 Nr. 4 EStG — https://dejure.org/gesetze/EStG/6.html
- § 8 Abs. 3 KStG — https://dejure.org/gesetze/KStG/8.html

Datei: 06-betriebspruefung-feststellung-2-firmenwohnung.md

06 — Feststellung 2: Firmenwohnung Mallorca

Feststellungs-Nr.: BP-2

Steuerart: KSt / ESt (vGA)

Prüfungsjahre: 2020–2024

Kernvorwurf: Verdeckte Gewinnausschüttung gem. § 8 Abs. 3 Satz 2 KStG

Sachverhalt

Die KG unterhält eine Ferienwohnung in Cala d'Or, Mallorca (Kauf 2017, Bilanzwert EUR 680.000). Die Wohnung wird im Buchführungssystem als Betriebsvermögen geführt und sämtliche Unterhaltskosten (Hausgeld, Strom, Reinigung, Reparaturen: jährlich ca. EUR 24.000) als Betriebsausgaben abgesetzt.

Der Sohn des Geschäftsführers, Stefan Marquardt-Eichenmüller (26 Jahre, Student der Ingenieurwissenschaften in München), nutzte die Wohnung nachweislich in folgenden Zeiträumen:

- 2020: ca. 6 Wochen (Frühjahr + Sommer)
- 2021: ca. 5 Wochen
- 2022: ca. 8 Wochen
- 2023: ca. 7 Wochen

- 2024: ca. 6 Wochen

Ein schriftlicher Nutzungsvertrag mit dem Sohn fehlt vollständig. Ein schriftlicher Mietvertrag mit Fremdvergleichsmiete lag zu keinem Zeitpunkt vor.

Rechtliche Qualifikation

Verdeckte Gewinnausschüttung (vGA) nach § 8 Abs. 3 KStG

Der BFH definiert die vGA als eine Vermögensminderung oder verhinderte Vermögensmehrung, die durch das Gesellschaftsverhältnis veranlasst ist und nicht dem Drittvergleich standhält (BFH GrS 1/93, BStBl. II 1995, 301 — openjur.de).

Im vorliegenden Fall:

- Nutzung durch nahestehendes Kind (§ 1 Abs. 2 AStG: nahestehende Person)
- Kein Fremdvergleichsvertrag vorhanden
- Ortsübliche Miete Mallorca (Cala d'Or, 120 m², Meerblick): ca. EUR 1.800–2.200/Woche
- Wert der privaten Nutzung: 32 Wochen x EUR 2.000 = EUR 64.000 über 5 Jahre (ca. EUR 12.800/Jahr)

Der Prüfer setzt den Mietwert als vGA an und erhöht das zu versteuernde Einkommen entsprechend. Zusätzlich wird der Betriebsausgabenabzug für Unterhaltskosten anteilig versagt (§ 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 EStG).

Prüfer-Feststellung (Entwurf)

Jahr	Nutzungswochen	Marktwert/Woche EUR	vGA EUR	BA-Kürzung EUR	Gesamt EUR
2020	6	1.900	11.400	5.760	17.160
2021	5	2.000	10.000	4.800	14.800
2022	8	2.100	16.800	7.680	24.480
2023	7	2.100	14.700	6.720	21.420
2024	6	2.200	13.200	5.760	18.960
Summe			**66.100**	**30.720**	**96.820**

Gegenargumente Kanzlei

1. Die Wohnung steht Kunden und Geschäftspartnern ebenfalls zur Verfügung; Nutzung durch Familienangehörige war gelegentlich und nicht planmäßig.
2. Die vom Prüfer angesetzten Wochenmietpreise für Cala d'Or erscheinen überhöht; Parallelvergleich mit vergleichbaren Objekte zeigt EUR 1.200–1.500/Woche realistisch.
3. Es wird eine nachträgliche Nutzungsvereinbarung angeboten (keine Heilungswirkung für Vergangenheit, aber Argument für Verständigungslösung).

Empfehlung

Die vGA-Feststellung ist dem Grunde nach nicht abwehrbar. Die Auseinandersetzung sollte sich auf die Höhe konzentrieren (Mietwert, Nutzungswochen). Ziel: Reduzierung auf EUR 55.000–65.000 Gesamtansatz.

Quellen:

- § 8 Abs. 3 KStG — <https://dejure.org/gesetze/KStG/8.html>
- § 4 Abs. 5 EStG — <https://dejure.org/gesetze/EStG/4.html>

Datei: 07-betriebspruefung-feststellung-3-fremdvergleich-bruder.md

07 — Feststellung 3: Fremdvergleich Bruder als Subunternehmer

Feststellungs-Nr.: BP-3

Steuerart: KSt (vGA), ESt Kommanditisten

Prüfungsjahre: 2020–2024

Kernvorwurf: Verdeckte Gewinnausschüttung / überhöhtes Fremdleistungsentgelt an nahestehende Person

Sachverhalt

Heinz Marquardt (Bruder des GF, wohnhaft Nürnberg) wird seit 2015 als Subunternehmer im Bereich Vertriebsberatung Nordbayern eingesetzt. Der Jahreshonorarsatz beträgt konstant EUR 95.000 netto (monatlich EUR 7.917). Eine Umsatzsteuerpflicht besteht, Rechnungen wurden gestellt.

Der Prüfer holt einen Marktvergleich ein. Für eine vergleichbare Vertriebsberatungsleistung (nordbayerischer Mittelstandsbereich, Maschinenbau, ohne eigene Akquisition) liegt der marktübliche Satz bei EUR 40.000–60.000/Jahr (externe Vergleichsangebote: 3 Vergleichsangebote, Durchschnitt EUR 52.000).

Rechtliche Einordnung

Nach § 8 Abs. 3 Satz 2 KStG sind Leistungen an einen Gesellschafter oder eine diesem nahestehende Person am Fremdvergleichsgrundsatz zu messen. Der Bruder des Gesellschafter-GF gilt als nahestehende Person i.S.v. § 1 Abs. 2 AStG (nahe Angehörige i.S.d. § 15 AO). Eine vGA liegt vor, wenn ein ordentlicher und gewissenhafter Geschäftsleiter das Leistungsentgelt in dieser Höhe mit einem Fremden nicht vereinbart hätte.

Referenzentscheidung: BFH I R 81/00, BStBl. II 2002, 278 — Nahestehende Personen und Fremdvergleich bei Dienstleistungsverträgen.

Prüfer-Berechnung vGA

Überhöhter Honoraranteil: EUR 95.000 - EUR 52.000 (Marktmittel) = EUR 43.000/Jahr.

Jahr	Gezahltes Honorar EUR	Fremdvergleich EUR	vGA EUR
2020	95.000	52.000	43.000
2021	95.000	52.000	43.000
2022	95.000	52.000	43.000
2023	95.000	52.000	43.000
2024	95.000	52.000	43.000
Summe	**475.000**	**260.000**	**215.000**

Auf die vGA entfällt KSt 15% zzgl. SolZ + GewSt ca. 30,825% gesamt = ca. EUR 66.300 Mehrsteuer.

Gegenargumente Kanzlei

- 1. Branchenkenntnis:** Heinz Marquardt verfügt über 20 Jahre Vertriebserfahrung in der nordbayerischen Maschinenbaubranche; sein Netzwerk generiert nachweislich EUR 1,8–2,2 Mio. Jahresvolumen. Ein Honorar von EUR 95.000 (= ca. 5% vom Umsatzvolumen) ist angemessen.
- 2. Vergleichbarkeit:** Die drei Vergleichsangebote des Prüfers sind nicht wirklich vergleichbar (keine Spezialisten für Maschinenbau-Netzwerke, keine nachgewiesenen Umsätze).
- 3. Dokumentation:** Leistungsnachweise liegen vor (monatliche Berichte, Kundenkontakte); der Prüfer hat diese nicht vollständig gewürdigt.

Zielkompromiss

Ziel ist eine vGA von EUR 20.000–25.000/Jahr (statt EUR 43.000), d.h. ein Fremdvergleichspreis von EUR 70.000–75.000/Jahr. Mehrsteuer dann ca. EUR 30.000–40.000 gesamt.

Quellen:

- § 8 Abs. 3 KStG — <https://dejure.org/gesetze/KStG/8.html>
- § 1 Abs. 2 AStG — <https://dejure.org/gesetze/AStG/1.html>

Datei: 08-betriebspruefung-feststellung-4-vorsteuer-portugal.md

08 — Feststellung 4: Vorsteuer Portugal-Lieferung

Feststellungs-Nr.: BP-4

Steuerart: Umsatzsteuer

Prüfungsjahr: 2023

Vorsteuer-Betrag: EUR 41.200

Prüfer: Kelterbaum, unterstützt durch USt-Fachprüferin Dr. Monika Brendl

Sachverhalt

Die KG bezog 2023 Maschinenkomponenten von zwei portugiesischen Lieferanten (Metalurgia Nortense Lda., Porto, und Tecnicas Industriais SA, Coimbra). Für beide Lieferungen wurden Rechnungen ausgestellt, die einen Umsatzsteuerausweis von insgesamt EUR 41.200 enthielten.

Problem: Die Lieferungen sind steuerlich als innergemeinschaftliche Erwerbe nach § 1a UStG zu behandeln. Bei innergemeinschaftlichen Lieferungen (B2B innerhalb EU) gilt das Bestimmungslandprinzip; die Lieferanten hätten steuerfrei liefern und die Steuerpflicht auf den deutschen Erwerber übertragen müssen (§ 4 Nr. 1b UStG für den Lieferanten; § 1a UStG für den Erwerber). Die portugiesischen Rechnungen weisen jedoch reguläre portugiesische MwSt (23%) aus, was auf eine Inlandsrechnung hindeutet.

Formale Mängel der Rechnungen

Rechnungsmangel 1 (Metalurgia Nortense):

- Kein Hinweis auf innergemeinschaftliche Lieferung
- Keine Umsatzsteuer-Identifikationsnummer des Empfängers auf der Rechnung
- Kein Nachweis der innergemeinschaftlichen Versendung (Versendungsbeleg fehlt)

Rechnungsmangel 2 (Tecnicas Industriais):

- Falscher Leistungsort auf Rechnung angegeben (Porto statt Augsburg)
- USt-ID des Empfängers zwar genannt, aber Rechnung enthält portugiesische USt (Widerspruch)

Rechtliche Beurteilung

Gemäß § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 UStG setzt der Vorsteuerabzug eine ordnungsgemäße Rechnung nach § 14 UStG voraus. Fehlen Pflichtangaben nach § 14 Abs. 4 UStG, ist der Vorsteuerabzug zu versagen, bis eine berichtigte Rechnung vorgelegt wird (§ 14 Abs. 6 UStG, Rückwirkung strittig).

Die Feststellung des Prüfers: Versagung des Vorsteuerabzugs EUR 41.200, da keine ordnungsgemäßen Rechnungen i.S.d. § 14 UStG vorliegen.

Kanzlei-Strategie

Sofortmaßnahme: Berichtigte Rechnungen von beiden portugiesischen Lieferanten anfordern. Nach der EuGH-Rechtsprechung (C-518/14 — Senatex) können fehlerhafte Rechnungen mit Rückwirkung berichtigt werden, wenn die materiellen Voraussetzungen des Vorsteuerabzugs vorliegen. Allerdings ist die Rückwirkungsfrage nach deutschem UStG (§ 14c UStG) noch nicht vollständig geklärt.

Zweite Linie: Soweit die portugiesische USt tatsächlich an das portugiesische Finanzamt abgeführt wurde, kann sie über das EU-Vorsteuererstattungsverfahren (§ 18g UStG) zurückgefordert werden. Dies führt wirtschaftlich zum gleichen Ergebnis.

Erwartetes Ergebnis

Bei rechtzeitiger Beschaffung berichtigter Rechnungen: Vorsteuer EUR 41.200 vollständig zu retten, allenfalls Zinsanfall für die Zwischenzeit (§ 233a AO, ca. 1,8% p.a. = ca. EUR 1.480 Zinsen).

Quellen:

- §§ 14, 15 UStG — <https://dejure.org/gesetze/UStG>

- § 1a UStG — <https://dejure.org/gesetze/UStG/1a.html>
- EuGH C-518/14 (Senatex) — <https://openjur.de>

Datei: 09-betriebspruefung-feststellung-5-luxemburg-tochter.md

09 — Feststellung 5: Luxemburg-Tochter (§§ 7 ff. AStG, § 50d AStG)

Feststellungs-Nr.: BP-5 (Schwergewicht)

Steuerarten: KSt, ESt (Hinzurechnungsbesteuerung), ggf. Strafrecht § 370 AO

Prüfungsjahre: 2020–2024

Beteiligte: Dr. Vellbruck-Steinheim (federführend), Roosendaal

Sachverhalt

Die Marquardt Luxembourg S.à r.l. (nachfolgend: LuxCo) wurde 2018 auf Anraten eines Schweizer Beraters (Fiduciaire Alpina, Zürich) gegründet. Sie ist zu 100% im Eigentum der Marquardt Verwaltungs-GmbH (Komplementär). LuxCo schloss mit der KG einen Agenturvertrag: LuxCo erhält Provisionen für die Vermittlung von Geschäften im südeuropäischen Markt.

Tatsächliche Substanz der LuxCo:

- Keine eigenen Angestellten
- Kein eigenes Büro in Luxemburg (Registered Office bei Fiduciaire Dupont S.A., Luxemburg-Stadt)
- GF: Reinhard Marquardt-Eichenmüller (Wohnsitz Augsburg)
- Alle Kundenkontakte und Vertriebsaktivitäten werden faktisch durch Mitarbeiter der KG in Augsburg durchgeführt
- LuxCo-Bankkonto: BGL BNP Paribas, Luxemburg; Kontoauszüge belegen lediglich Provisionseingänge und Weiterleitungen nach Augsburg

Hinzurechnungsbesteuerung §§ 7–14 AStG

Nach § 7 Abs. 1 AStG sind Einkünfte einer ausländischen Gesellschaft, an der ein Inländer zu mehr als 50% beteiligt ist, hinzuzurechnen, wenn:

- die Gesellschaft passive Einkünfte erzielt (§ 8 Abs. 1 AStG: Provisionen gelten als Zwischeneinkünfte)
- die ausländische Steuerbelastung weniger als 25% beträgt (luxemburgische KSt: ca. 17% — unterhalb der Freigrenze)

Die Provisionen von insgesamt EUR 2.320.000 (2020–2024) sind daher als Hinzurechnungsbetrag zu qualifizieren.

Gesamthinzurechnungsbetrag 2020–2024: EUR 2.320.000

KSt 15% + GewSt 15% + SolZ ≈ 31%: EUR 719.200 Nachsteuer (grobe Schätzung, vor Anrechnung LuxCo-Steuer)

§ 50d Abs. 3 AStG (Anti-Treaty-Shopping)

Sofern die LuxCo für die Provisionen das Doppelbesteuerungsabkommen Deutschland-Luxemburg in Anspruch nimmt, ist § 50d Abs. 3 AStG zu prüfen. Danach kann ein ausländisches Unternehmen DBA-Entlastungen nicht beanspruchen, wenn es über keine ausreichende wirtschaftliche Substanz verfügt. Die LuxCo erfüllt den Substanztest evident nicht.

Strafrechtsrelevanz

Entscheidend: War dem GF bekannt, dass die LuxCo-Konstruktion steuerrechtlich unzulässig ist? Der Schweizer Berater hat laut Mandant eine positive Rechtsmeinung erteilt. Die Frage der Steuerhinterziehung i.S.v. § 370 AO (Vorsatz) vs. leichtfertiger Steuerverkürzung i.S.v. § 378 AO (Fahrlässigkeit) ist hier zentral.

BFH-Referenz: BFH I R 36/14 ([bundesfinanzhof.de])(<https://www.bundesfinanzhof.de>) — Zu Anforderungen an die wirtschaftliche Substanz ausländischer Gesellschaften im Rahmen des AStG.

Verteidigungsansätze

1. Rückwirkende Substanzschaffung für LuxCo (Einstellung eines lokalen Mitarbeiters in Luxemburg) — schützt nur für die Zukunft, nicht rückwirkend.
2. Anpassung der Verrechnungspreisdokumentation: Nachweis, dass ein Teil der Vertriebsleistung tatsächlich durch LuxCo erbracht wurde (Reiseberichte GF nach Lissabon/Porto auffindbar?).
3. Selbstanzeige gem. § 371 AO für die Luxemburg-Konten (s. Aktenstück 14).

Quellen:

- §§ 7–14 AStG — <https://dejure.org/gesetze/AStG>
- § 50d AStG — <https://dejure.org/gesetze/AStG/50d.html>
- BFH I R 36/14 — <https://www.bundesfinanzhof.de>

Datei: 10-betriebspruefung-feststellung-6-kassenfuehrung.md

10 — Feststellung 6: Kassenführung Filiale Augsburg-Oberhausen

Feststellungs-Nr.: BP-6

Steuerart: KSt / Schätzung nach § 162 AO

Prüfungsjahre: 2021–2024

Geprüfter Betrieb: Filiale Augsburg-Oberhausen, Dieselstraße 18

Sachverhalt

Die Filiale Augsburg-Oberhausen betreibt einen kleinen Verkaufsraum für Ersatzteile und Maschinenzubehör (Barverkäufe). Die Kasse wird mit einem veralteten Kassensystem (Software aus 2012) geführt. Der Prüfer stellt folgende Mängel fest:

Festgestellte Kassenführungsmängel

1. **Kein Z-Bericht täglich:** Für 2021 fehlen Z-Berichte an 47 Werktagen; für 2022 an 31 Werktagen.
2. **Negative Kassenbestände:** In der elektronischen Kassendatei weist die Kasse an 8 Tagen (2022) und 5 Tagen (2023) negative Bestände aus — sachlich unmöglich.
3. **Fehlende Kassensturzprotokoll:** Das tägliche Kassensturzprotokoll (Soll-Ist-Abgleich) fehlt vollständig für 2021.
4. **Fehlende Verfahrensdokumentation:** Die Verfahrensdokumentation gem. GoBD Tz. 151 ff. fehlt für das Kassensystem.
5. **Gelöschte Transaktionen:** Forensische Auswertung der Kassendatei zeigt 14 gelöschte Transaktionsdatensätze (2022).

Rechtliche Konsequenzen

Gemäß § 158 AO gilt die Buchführung als nicht ordnungsgemäß, wenn die Verstöße gegen § 146 AO i.V.m. den GoBD erheblich sind. Negative Kassenbestände und gelöschte Datensätze begründen nach ständiger BFH-Rechtsprechung (BFH X R 20/13) die Schätzungsbefugnis des Finanzamts nach § 162 Abs. 2 Satz 2 AO.

Der Prüfer schätzt einen Mehrumsatz von EUR 15.000/Jahr (2021–2024) durch Hinzuschätzung von 5% des Filialbarverkaufsumsatzes (EUR 300.000/Jahr). Steuerliche Auswirkung: EUR 60.000 x 30% = EUR 18.000 KSt/GewSt über 4 Jahre.

Gegenmaßnahmen

- Sofortige Umstellung auf GoBD-konformes Kassensystem (TSE-Pflicht seit 01.01.2021 — Fristverlängerung bereits abgelaufen).
- Rückwirkende Vorlage aller verfügbaren Kassenberichte, Tagesprotokolle und Zählberichte.
- Argument gegen gelöschte Datensätze: technischer Fehler der alten Software (Nachweis durch IT-Gutachter erbringen).

Einschätzung

Die Schätzungsbefugnis ist dem Grunde nach nicht abwehrbar. Ziel ist die Reduzierung des Schätzungsbetrags auf EUR 8.000–10.000/Jahr. Mehrsteuer ca. EUR 10.000–12.000 gesamt.

Quellen:

- § 146 AO — <https://dejure.org/gesetze/AO/146.html>
- § 158 AO — <https://dejure.org/gesetze/AO/158.html>
- § 162 AO — <https://dejure.org/gesetze/AO/162.html>

Datei: 11-ergebnisbesprechung-protokoll.md

11 — Protokoll Schlussbesprechung (§ 201 AO), 18.06.2026

Termin: 18.06.2026, 10:00–16:30 Uhr

Ort: Finanzamt Augsburg-Stadt, Schleißheimer Str. 132, 86150 Augsburg

Prüfer FA: BPr Dipl.-Finanzwirt Horst Kelterbaum, BPr'in Dr. Monika Brendl (USt)

Kanzlei: Dr. Cornelia Vellbruck-Steinheim, StB Falk Roosendaal

Mandant: Reinhard Marquardt-Eichenmüller

Protokollant: StB Roosendaal

TOP 1: Eröffnung und Verfahrensrahmen

Kelterbaum eröffnet die Besprechung um 10:05 Uhr. Er weist darauf hin, dass die Schlussbesprechung nach § 201 AO dem Mandanten die Möglichkeit gibt, zum Ergebnis der Prüfung Stellung zu nehmen, bevor der Prüfungsbericht fertiggestellt wird.

TOP 2: Feststellung BP-1 (Pkw-Pool)

Ergebnis nach Erörterung: **Einigung**. Ansatz 1%-Regelung nur für BMW X5 M50i (GF-Fahrzeug). Porsche Cayenne: Privatanteil 30% (statt 100%) angesetzt. Touareg, A6, Vito: keine Feststellung. Mehrsteuer vereinbart: EUR 32.400 KSt/Est über 5 Jahre.

TOP 3: Feststellung BP-2 (Firmenwohnung Mallorca)

Ergebnis: **Teileinigung**. Mietwert angepasst auf EUR 1.500/Woche (Kanzlei: EUR 1.350, FA: EUR 1.700 — Kompromiss EUR 1.500). Nutzungswochen unverändert. vGA gesamt EUR 57.600 über 5 Jahre. Mehrsteuer ca. EUR 17.800 KSt/Est.

TOP 4: Feststellung BP-3 (Fremdvergleich Bruder)

Ergebnis: **Strittig, kein Kompromiss**. FA beharrt auf Fremdvergleichspreis EUR 52.000; Kanzlei bietet EUR 72.000 an. Punkt wird im Prüfungsbericht offen gelassen; Einspruchsverfahren vorbehalten. Streitige Mehrsteuer: EUR 35.500–66.300 je nach Ausgang.

TOP 5: Feststellung BP-4 (Vorsteuer Portugal)

Ergebnis: **Lösung gefunden**. Berichtigte Rechnungen wurden vorgelegt und anerkannt. Vorsteuer EUR 41.200 bleibt. Zinsen EUR 1.480 werden festgesetzt.

TOP 6: Feststellung BP-5 (Luxemburg AStG)

Ergebnis: **Kein Kompromiss**. Dies ist der Kernpunkt des Einspruchs- und ggf. Klageverfahrens. FA setzt Hinzurechnungsbesteuerung für 2020–2024 fest (Gesamtbetrag EUR 2.320.000 Hinzurechnungsbetrag). Streitige Nachsteuer ca. EUR 580.000–720.000. Dr. Vellbruck-Steinheim legt ausdrücklichen Widerspruch ein und kündigt Einspruch und ggf. FG-Klage an.

TOP 7: Feststellung BP-6 (Kassenführung)

Ergebnis: **Teileinigung**. Schätzungsbetrag auf EUR 10.000/Jahr reduziert. Mehrsteuer EUR 12.400 gesamt.

TOP 8: Strafrecht

Kelterbaum teilt mit, dass das FA beabsichtigt, die Erkenntnisse zur Luxemburg-Feststellung an die Bußgeld- und Strafsachenstelle (BuStra) weiterzuleiten. Dr. Vellbruck-Steinheim nimmt dies zur Kenntnis und kündigt an, unmittelbar mit einer Selbstanzeige zu reagieren (§ 371 AO).

Ergebnis-Zusammenfassung

Feststellung	Status	Mehrsteuer EUR
BP-1 Pkw	Einigung	32.400
BP-2 Wohnung	Teileinigung	17.800
BP-3 Bruder	Strittig	35.500–66.300
BP-4 USt Portugal	Gelöst (Zinsen)	1.480
BP-5 Luxemburg	Strittig	580.000–720.000
BP-6 Kasse	Teileinigung	12.400
Gesamt		**679.580–850.380**

Protokoll als vorläufig anerkannt, vorbehaltlich schriftlicher Korrekturen innerhalb 5 Werktagen.

Quellen:

- § 201 AO — <https://dejure.org/gesetze/AO/201.html>

Datei: 12-ge-aenderter-steuerbescheid-2022.md

12 — Geänderter Steuerbescheid 2022

Dokument: Analyse geänderter Körperschaftsteuerbescheid 2022 und gesonderter Feststellungsbescheid 2022

FA Augsburg-Stadt: Steuernummer 142/9999/1234

Datum Bescheiderlass: voraussichtlich September 2026

Einspruchsfrist: 1 Monat ab Bekanntgabe (§ 355 Abs. 1 AO)

Änderungsumfang laut angekündigtem Prüfungsbericht

Der Prüfungsbericht (Entwurf) sieht für das Jahr 2022 folgende Änderungen vor:

Gewerbesteuer und Körperschaftsteuer 2022

Position	Bisher EUR	Neu EUR	Differenz EUR
Gewinn laut Steuererklärung	1.240.000	1.240.000	0
vGA Pkw (BP-1)	0	14.160	+14.160
vGA Wohnung Mallorca (BP-2)	0	16.800	+16.800
vGA Fremdvergleich Bruder (BP-3)	0	43.000	+43.000
Hinzurechnung Luxemburg AStG (BP-5)	0	510.000	+510.000
Kassenhinzuschätzung (BP-6)	0	10.000	+10.000
Zu versteuerndes Einkommen neu	**1.240.000**	**1.833.960**	**+593.960**

Steuerberechnung 2022 (gerundet)

Steuerart	Bisherige Steuer EUR	Neue Steuer EUR	Mehr EUR
Körperschaftsteuer (15%)	186.000	275.094	89.094
Solidaritätszuschlag (5,5%)	10.230	15.130	4.900
Gewerbesteuer (Hebesatz 440%)	170.000	250.000	80.000
Summe	**366.230**	**540.224**	**173.994**

Zinsen gem. § 233a AO: Zinslauf ab 01.10.2023 bis Bescheiderlass (ca. 36 Monate x 1,8% p.a. x EUR 173.994 = ca. EUR 9.400).

Bescheidänderungsgrundlage

Der Bescheid für 2022 ergeht gem. § 164 Abs. 2 AO unter dem Vorbehalt der Nachprüfung. Nach Abschluss der Betriebsprüfung wird er nach § 164 Abs. 2 AO aufgehoben und durch einen endgültigen Bescheid ersetzt.

Empfehlung

Einspruch gegen den geänderten Bescheid 2022 ist einzulegen — insbesondere gegen die Hinzurechnungsbesteuerung Luxemburg (BP-5) und die vGA Fremdvergleich (BP-3). Gleichzeitig ist Aussetzung der Vollziehung (AdV) nach § 361 Abs. 2 AO zu beantragen, um die Steuerzahlung bis zur Klärung aufzuschieben.

Quellen:

- § 164 AO — <https://dejure.org/gesetze/AO/164.html>

- § 233a AO — <https://dejure.org/gesetze/AO/233a.html>
- § 355 AO — <https://dejure.org/gesetze/AO/355.html>

Datei: 13-einspruch-und-aussetzung-vollziehung.md

13 — Einspruch und Aussetzung der Vollziehung (AdV)

Schriftsatz: Einspruch gem. § 347 AO + Antrag auf AdV gem. § 361 AO

Adressat: Finanzamt Augsburg-Stadt

Erstellungsdatum: Kanzlei VS-2026-StR-0508, September 2026 (Entwurf)

Einspruchsgegenstand

Der Einspruch richtet sich gegen folgende Bescheide für die Jahre 2020 bis 2024:

- Körperschaftsteuer-Änderungsbescheide 2020–2024
- Gewerbesteuer-Messbescheide 2020–2024
- Bescheide über gesonderte und einheitliche Feststellung der Einkünfte 2020–2024

Begründung (Kurzfassung)

Zu BP-3 (Fremdvergleich Bruder)

Die vom FA angesetzte Fremdvergleichsvergütung von EUR 52.000/Jahr ist nicht sachgerecht. Die Vergleichsangebote des Prüfers sind methodisch unzureichend, da sie die spezifische Branchenexpertise und das Netzwerk des Subunternehmers nicht berücksichtigen. Eine angemessene Vergütung liegt bei mindestens EUR 72.000/Jahr. Wir beantragen Reduzierung der vGA auf EUR 23.000/Jahr.

Zu BP-5 (Luxemburg AStG)

Die Hinzurechnungsbesteuerung nach §§ 7 ff. AStG setzt voraus, dass die ausländische Gesellschaft ausschließlich passive Einkünfte erzielt (§ 8 Abs. 1 Nr. 3 AStG) und die Steuerbelastung unter 25% liegt. Die LuxCo erzielte funktional aktive Vertriebsseinkünfte (§ 8 Abs. 1 Nr. 4 AStG — Dienstleistungen). Wir beantragen die vollständige Aufhebung der Hinzurechnungsbesteuerung, hilfsweise die Anrechnung der in Luxemburg gezahlten Steuern.

Außerdem verweisen wir auf den EuGH-Grundsatz der Niederlassungsfreiheit (Art. 49 AEUV): Eine rein nationale Anwendung des AStG, die EU-Tochtergesellschaften diskriminiert, ist EU-rechtswidrig (EuGH C-196/04 — Cadbury Schweppes, [openjur.de](<https://openjur.de>)).

Antrag auf Aussetzung der Vollziehung (AdV)

Gem. § 361 Abs. 2 AO beantragen wir die Aussetzung der Vollziehung für folgende Beträge:

Bescheid	Streitige Nachsteuer EUR	AdV-Antrag
BP-3 vGA Bruder	35.500–66.300	Vollständig

Bescheid	Streitige Nachsteuer EUR	AdV-Antrag
BP-5 Luxemburg Hinzurechnung	580.000–720.000	Vollständig
Summe AdV-Antrag	ca. **650.000–790.000**	

Begründung AdV: Es bestehen ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Bescheide i.S.v. § 361 Abs. 2 Satz 2 AO, insbesondere zur EU-Rechtskonformität der Hinzurechnungsbesteuerung (EuGH-Rechtsprechung) und zur Sachgerechtigkeit des Fremdvergleichs.

Verfahrenstaktische Überlegung

Bei Ablehnung der AdV durch das FA: Antrag auf gerichtliche AdV nach § 69 FGO beim FG München. Angesichts der anhängigen BFH-Verfahren zur AStG-Reform ist eine AdV wahrscheinlich.

Quellen:

- § 347 AO — <https://dejure.org/gesetze/AO/347.html>
- § 361 AO — <https://dejure.org/gesetze/AO/361.html>
- § 69 FGO — <https://dejure.org/gesetze/FGO/69.html>

Datei: 14-selbstanzeige-luxemburg-konstellation.md

14 — Selbstanzeige § 371 AO: Luxemburg-Konstellation

Verfahren: Selbstanzeige wegen nicht erklärter Einkünfte und Hinzurechnungsbeträge (§§ 7 ff. AStG), Kapitalerträge auf luxemburgischen Privatkonten

Entwurfsstatus: Vorläufiger Entwurf, intern abgestimmt 19.06.2026

Bearbeiterin: Dr. Cornelia Vellbruck-Steinheim

Sachverhalt Selbstanzeigecontext

Im Rahmen der Betriebsprüfung wurde bekannt, dass GF Reinhard Marquardt-Eichenmüller neben den LuxCo-Dividenden auch persönliche Kapitalerträge auf einem privaten Luxemburger Konto (BGL BNP Paribas, Konto-Nr. LU89 1234 5678 9012 3456) erzielt hat, die nicht in den deutschen Steuererklärungen deklariert wurden.

Die Kapitalerträge (Zinsen, Dividenden aus luxemburgischen Investmentfonds) wurden seit 2018 nicht erklärt. Das FA hat im Rahmen der Betriebsprüfung Zugriff auf Kontounterlagen angedroht; eine Kontrollmitteilung von Luxemburg liegt möglicherweise bereits vor.

Voraussetzungen § 371 AO

Die strafbefreiende Selbstanzeige nach § 371 AO erfordert:

1. **Vollständigkeit** (§ 371 Abs. 1 AO): Berichtigung aller unrichtigen, unvollständigen oder unterlassenen Angaben innerhalb einer Steuerart.

2. **Nachentrichten** (§ 371 Abs. 3 AO): Zahlung der hinterzogenen Steuern zuzüglich Zinsen (§ 235 AO: Hinterziehungszinsen 1,8% p.a.) innerhalb der gesetzten Frist.

3. **Sperrwirkung nicht eingetreten** (§ 371 Abs. 2 AO): Die Selbstanzeige ist gesperrt, wenn eine Betriebsprüfung bereits angeordnet wurde — ABER: Sperrwirkung nach § 371 Abs. 2 Nr. 1a AO betrifft nur die von der Prüfungsanordnung erfassten Steuerarten und -zeiträume.

Analyse der Sperrwirkung

Die Prüfungsanordnung vom 27.01.2026 erstreckt sich auf die Betriebssteuern der KG sowie die ESt des GF. Die Kapitalerträge auf dem Privatkonto sind im Gegenstand der Prüfungsanordnung nicht ausdrücklich erfasst.

Vertretbare Rechtsauffassung Dr. Vellbruck-Steinheim: Da das Privatkonto nicht zum geprüften Betrieb gehört und die Prüfungsanordnung sich auf betriebliche Einkünfte bezieht, ist die Sperrwirkung für die Kapitaleinkünfte nicht eingetreten. Eine Selbstanzeige für die Kapitalerträge ist noch möglich.

Risiko: Das FA könnte die Prüfungsanordnung so auslegen, dass sie auch die persönliche ESt des GF vollständig erfasst (was tatsächlich in der Anordnung steht: "ESt GF 2020–2024"). In diesem Fall wäre die Selbstanzeige durch § 371 Abs. 2 Nr. 1a AO gesperrt.

Empfehlung

Selbstanzeige unverzüglich erstatten, mit dem Argument, dass die Kapitalerträge auf dem Luxemburger Privatkonto nicht Gegenstand der Betriebsprüfung sind. Gleichzeitig Straffreiheitsantrag gem. § 371 Abs. 2 Satz 2 AO prüfen (bei Hinterziehungsbeträgen über EUR 25.000: Zuschlag 10–20% auf Nachzahlungsbetrag als Bedingung für Straffreiheit).

Schätzung Nachzahlungsbetrag (Kapitalerträge)

Jahr	Kapitalertrag EUR	KapSt 25% EUR	SolZ EUR	Hinterziehungszinsen EUR
2020	18.400	4.600	253	331
2021	21.200	5.300	292	286
2022	24.800	6.200	341	223
2023	19.600	4.900	270	88
2024	22.100	5.525	304	0
Summe	**106.100**	**26.525**	**1.460**	**928**

Gesamtnachzahlung Kapitalerträge ca. EUR 28.913 zzgl. Straffreizuschlag ca. EUR 2.900–5.800.

Quellen:

- § 371 AO — <https://dejure.org/gesetze/AO/371.html>
- § 153 AO — <https://dejure.org/gesetze/AO/153.html>
- § 235 AO — <https://dejure.org/gesetze/AO/235.html>

Datei: 15-strafverfahren-eroeffnung-steuerstrafrecht.md

15 — Strafverfahren: Eröffnung Steuerstrafrecht

AZ Strafverfahren: BuStra/StA Augsburg 188 Js 7104/26

Betroffener: Reinhard Marquardt-Eichenmüller (GF)

Eröffnet: 22.06.2026 (Mitteilung BuStra an Kanzlei)

Tatvorwurf: Steuerhinterziehung gem. § 370 AO

Mitteilung der BuStra

Die Bußgeld- und Strafsachenstelle Augsburg teilt der Kanzlei mit, dass gegen Herrn Marquardt-Eichenmüller wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung gem. § 370 Abs. 1 Nr. 1 AO ein Strafverfahren eingeleitet wurde. Grundlage sind die Feststellungen der Betriebsprüfung, insbesondere:

- Nichtangabe der LuxCo-Hinzurechnungsbeträge in den Steuererklärungen 2020–2024
- Nichtdeklarierung der Kapitalerträge auf luxemburgischem Privatkonto

Rechtliche Grundlagen § 370 AO

Steuerhinterziehung nach § 370 Abs. 1 AO ist mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder Geldstrafe bedroht. In besonders schweren Fällen (§ 370 Abs. 3 AO) droht Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis zu 10 Jahren, insbesondere bei großem Ausmaß (ab EUR 50.000 nach BGH) oder gewerbsmäßiger Begehung.

Der hinterzogene Betrag liegt nach Prüfungsschätzung bei EUR 608.000–748.000 (Luxemburg AStG EUR 580.000–720.000 + Kapitalerträge ca. EUR 28.000). Dies liegt im Bereich des "großen Ausmaßes" nach BGH 1 StR 416/08 (BStBl. II 2009, 760).

Sofortmaßnahmen

1. **Schweigen als Beschuldigter:** Herr Marquardt-Eichenmüller wird ausdrücklich angewiesen, gegenüber der BuStra, dem FA und der Staatsanwaltschaft keine Aussagen zu machen (§ 136 StPO).
2. **Akteneinsicht:** Antrag auf Akteneinsicht durch Dr. Vellbruck-Steinheim (§ 147 StPO).
3. **Selbstanzeige als Straffreiheitsgrund:** Die bereits vorbereitete Selbstanzeige (s. Aktenstück 14) ist unverzüglich einzureichen.
4. **Durchsuchungsschutz:** Mandant wird über Verhalten bei evtl. Durchsuchung informiert (kein aktives Behindern, keine freiwillige Herausgabe ohne anwaltliche Rücksprache).

Strafrahmen und Prognose

Bei einem Hinterziehungsbetrag von EUR 608.000 ist nach BGH-Leitlinien in der Regel eine Bewährungsstrafe möglich (bis zu 2 Jahre Freiheitsstrafe auf Bewährung), wenn keine Vorstrafen vorliegen, Schadenswiedergutmachung geleistet wird und der Täter geständig kooperiert.

Relevante BGH-Entscheidung: BGH 1 StR 416/08 (Großes Ausmaß bei Steuerhinterziehung — openjur.de).

Prognose Dr. Vellbruck-Steinheim: Bei vollständiger Selbstanzeige, sofortiger Nachzahlung und kooperativer Haltung: Geldstrafe oder Bewährungsstrafe wahrscheinlich. Unbedingte Freiheitsstrafe nicht

ausgeschlossen bei Hinterziehung über EUR 1 Mio. oder fehlgeschlagener Selbstanzeige.

Quellen:

- § 370 AO — <https://dejure.org/gesetze/AO/370.html>
- § 371 AO — <https://dejure.org/gesetze/AO/371.html>
- BGH 1 StR 416/08 — <https://openjur.de>

Datei: 16-tatsaechliche-verstaendigung-finanzamt.md

16 — Tatsächliche Verständigung mit dem Finanzamt

Verfahren: Tatsächliche Verständigung (TV) als Instrument der Streitvermeidung

Beteiligte: FA Augsburg-Stadt (VL Regierungsrätin Dr. Birke Saalbach), Kanzlei VS-2026-StR-0508

Datum Sondierung: 15.09.2026

Was ist eine Tatsächliche Verständigung?

Die tatsächliche Verständigung ist ein informelles Instrument im deutschen Steuerrecht, mit dem FA und Steuerpflichtiger bei strittigen Sachverhaltsfragen eine einvernehmliche Lösung finden können, ohne ein langwieriges Rechtsbehelfsverfahren durchzuführen. Sie ist keine Einigung über Rechtsfragen, sondern nur über tatsächliche Sachverhalte (Sachverhaltsverständigung).

Die Rechtsgrundlage ergibt sich aus der ständigen BFH-Rechtsprechung (BFH IV R 1/11, BStBl. II 2013, 407). Voraussetzungen: Vorliegen erheblicher Unsicherheit, gegenseitiges Entgegenkommen, Schriftlichkeit, Unterzeichnung durch zuständigen FA-Beamten.

Verständigungsrahmen

Das FA signalisiert Bereitschaft zu einer TV für folgende Punkte:

TV-Punkt 1: vGA Fremdvergleich Bruder (BP-3)

- FA-Position: EUR 43.000/Jahr vGA (Fremdvergleich EUR 52.000)
- Kanzlei-Angebot: EUR 23.000/Jahr vGA (Fremdvergleich EUR 72.000)
- **TV-Vorschlag:** EUR 32.000/Jahr vGA (Fremdvergleich EUR 63.000)

TV-Punkt 2: Kassenhinzuschätzung (BP-6)

- FA-Position: EUR 10.000/Jahr
- Kanzlei-Angebot: EUR 7.000/Jahr
- **TV-Vorschlag:** EUR 8.500/Jahr

TV-Punkt 3 (für Strafverfahren): Hinterziehungsbetrag

- Dies betrifft das koordinierte Vorgehen mit der BuStra. Eine tatsächliche Verständigung über den Hinterziehungsbetrag im Steuerfestsetzungsverfahren schlägt auf das Strafmaß durch.
- TV-Vorschlag: Hinterziehungsbetrag gesamt EUR 420.000 (statt FA-Ansatz EUR 608.000–748.000).

Bindungswirkung und Risiken

Die TV entfaltet Bindungswirkung für FA und Steuerpflichtigen; eine spätere Abweichung ist nur bei Arglist oder Irrtum möglich. Sie bindet das Finanzgericht nicht, hat aber starke faktische Wirkung.

Risiko: Durch die TV wird ein Teil des strittigen Luxemburg-Betrags (BP-5) akzeptiert, was strafrechtlich als faktisches Geständnis gewertet werden kann. Dr. Vellbruck-Steinheim empfiehlt, die TV nicht auf Strafmaßrelevante Beträge auszudehnen, bis eine Absprache mit der BuStra erfolgt ist (koordiniertes Vorgehen § 385 ff. AO, § 153a StPO).

Nächste Schritte

- Entwurf TV-Vereinbarung durch Kanzlei
- Abstimmung mit BuStra zur Strafmaßrelevanz
- Unterzeichnung geplant: Oktober 2026

Quellen:

- BFH IV R 1/11 — <https://www.bundesfinanzhof.de>
- §§ 385 ff. AO — <https://dejure.org/gesetze/AO>

Datei: 17-finanzgerichtsklage-fg-muenchen.md

17 — Finanzgerichtsklage FG München 1 K 2188/26

Gericht: Finanzgericht München

AZ: 1 K 2188/26

Klägerin: Marquardt Handelsvertretung Maschinenbau GmbH & Co. KG, vertreten durch Dr. Cornelia Vellbruck-Steinheim

Beklagter: Finanzamt Augsburg-Stadt

Streitgegenstand: Körperschaftsteuer 2022 — Hinzurechnungsbesteuerung AStG und vGA Fremdvergleich

Zulässigkeit der Klage

§ 40 FGO (Anfechtungsklage)

Die Klage ist als Anfechtungsklage gem. § 40 Abs. 1 FGO statthaft. Klagebefugnis besteht, da die Klägerin geltend macht, durch die angefochtenen Bescheide in ihren Rechten verletzt zu sein.

Vorverfahren: Das Einspruchsverfahren gem. § 347 AO wurde durchgeführt. Die Einspruchsentscheidung des FA Augsburg-Stadt (Aktenzeichen 142/9999/1234-E-2026) wurde am 15.10.2026 bekannt gegeben. Die Klage wird innerhalb der Monatsfrist des § 47 FGO erhoben.

Klageanträge

1. **Hauptantrag:** Der Körperschaftsteuer-Änderungsbescheid 2022 vom [Datum] in Gestalt der Einspruchsentscheidung vom 15.10.2026 wird aufgehoben, soweit er über die bisher festgesetzte Steuer

hinausgeht.

2. **Hilfsantrag:** Die Körperschaftsteuer 2022 wird unter Berücksichtigung einer Hinzurechnung von maximal EUR 200.000 (statt EUR 510.000) festgesetzt.

Klagebegründung (Kernpunkte)

Zu BP-5 (Luxemburg AStG):

Argument 1 — EU-Grundfreiheiten: Die Hinzurechnungsbesteuerung nach § 7 AStG ist im Lichte der EuGH-Rechtsprechung zur Niederlassungsfreiheit (Art. 49 AEUV) europarechtskonform auszulegen. Eine rein künstliche Gestaltung — die allein dem Ausschluss von deutschem Steuerrecht dient — liegt hier nicht vor; die LuxCo betreute nachweislich Geschäftspartner in Luxemburg und Belgien.

Argument 2 — Aktive Einkünfte § 8 Abs. 1 AStG: Die Provisionen der LuxCo sind als aktive Dienstleistungseinkünfte i.S.v. § 8 Abs. 1 Nr. 4 AStG zu qualifizieren, nicht als passive Zwischeneinkünfte. § 8 Abs. 1 Nr. 4 AStG stellt für Dienstleistungen ausdrücklich auf die wirtschaftliche Substanz vor Ort ab. Der Prüfer hat diese Differenzierung nicht vorgenommen.

Argument 3 — Gegenbeweis § 8 Abs. 2 AStG (Motivtest): Auch wenn Zwischeneinkünfte anzunehmen wären, greift die sog. Rückausnahme für wirtschaftliche Tätigkeit in EU/EWR-Staaten. Die LuxCo kann — mit ergänzenden Belegen (Reiseberichte, Korrespondenz mit portugiesischen Kunden) — den Gegenbeweis führen, dass keine rein künstliche Gestaltung vorlag.

Beweisangebote

- Reisekostenabrechnungen des GF (Fahrten nach Luxemburg, Lissabon, Porto)
- Kundenschriftverkehr über LuxCo-E-Mail-Adresse
- Zeugenaussage: Jean-Pierre Fontaine (luxemburgischer Geschäftspartner)

Verfahrensverlauf

Gem. § 65 FGO ist die Klage zu begründen; Frist 6 Monate. Streitwert ca. EUR 580.000 (Nachsteuer BP-5) — Gerichtskosten erheblich.

Quellen:

- § 40 FGO — <https://dejure.org/gesetze/FGO/40.html>
- § 65 FGO — <https://dejure.org/gesetze/FGO/65.html>
- §§ 7 ff. AStG — <https://dejure.org/gesetze/AStG>

Datei: 18-bundesfinanzhof-revision-i-r-2188-26.md

18 — BFH-Revision I R 2188/26

Gericht: Bundesfinanzhof, München

Revisionssenat: I. Senat (Körperschaftsteuer, internationales Steuerrecht)

AZ: I R 2188/26

Revisionskläger: Marquardt Handelsvertretung Maschinenbau GmbH & Co. KG

Revisionsbeklagter: Finanzamt Augsburg-Stadt

Gegenstand: Revisionszulassung gegen FG-München-Urteil 1 K 2188/26

Revisionszulassung § 115 FGO

Die Revision gegen das Urteil des FG München ist zulässig nur bei Zulassung durch das FG (§ 115 Abs. 1 FGO). Die Zulassung kann begehrt werden, wenn:

- Die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat (§ 115 Abs. 2 Nr. 1 FGO)
- Das Urteil von einer BFH-Entscheidung abweicht (§ 115 Abs. 2 Nr. 2 FGO)
- Ein Verfahrensmangel vorliegt (§ 115 Abs. 2 Nr. 3 FGO)

Grundsatzrevision — Revisionsgründe

Grundsätzliche Bedeutung (§ 115 Abs. 2 Nr. 1 FGO)

Die Frage, ob die Hinzurechnungsbesteuerung nach § 7 AStG bei einer EU-Tochtergesellschaft, die über eine minimale wirtschaftliche Aktivität verfügt, mit der Niederlassungsfreiheit (Art. 49 AEUV) vereinbar ist, hat grundsätzliche Bedeutung. Der BFH hat diese Frage in I R 36/14 ([bundesfinanzhof.de](https://www.bundesfinanzhof.de)) offen gelassen; eine Klärung steht aus.

Insbesondere ist ungeklärt: Was ist die Mindestsubstanz, die eine EU-Tochtergesellschaft nachweisen muss, um den Gegenbeweis nach § 8 Abs. 2 AStG zu führen? Die Literatur ist gespalten; eine BFH-Leitentscheidung fehlt.

Abweichung von BFH-Rechtsprechung (§ 115 Abs. 2 Nr. 2 FGO)

Das FG München hat bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Substanz der LuxCo eine Beweislastumkehr angewendet, die im Widerspruch zu BFH I R 36/14 steht: Danach liegt die Beweislast für das Vorliegen rein künstlicher Gestaltungen grundsätzlich beim FA, nicht beim Steuerpflichtigen.

Nichtzulassungsbeschwerde (§ 116 FGO)

Sollte das FG München die Revision nicht zulassen, wird Nichtzulassungsbeschwerde gem. § 116 FGO eingelegt. Frist: 1 Monat nach Zustellung des vollständigen Urteils.

Bedeutung für den Mandanten

Eine BFH-Entscheidung in I R 2188/26 wäre präjudiziell für alle deutschen Unternehmen mit EU-Tochtergesellschaften ohne volle Substanz. Dies erhöht die Bereitschaft des BFH, die Revision anzunehmen. Bis zur BFH-Entscheidung: Aussetzung der Vollziehung gem. § 69 FGO und § 361 AO beantragt.

Verfahrensdauer BFH: erfahrungsgemäß 2–4 Jahre.

Quellen:

- § 115 FGO — [<https://dejure.org/gesetze/FGO/115.html>](https://dejure.org/gesetze/FGO/115.html)
- BFH I R 36/14 — [<https://www.bundesfinanzhof.de/>](https://www.bundesfinanzhof.de/)

19 — Anwaltsstrategie: Strafrechtliche Folgen

Verfasst von: Dr. Cornelia Vellbruck-Steinheim

Datum: 23.06.2026

Vertraulich — Nur für Mandant und StB-Team

Ausgangslage

Mit Einleitung des Strafverfahrens (188 Js 7104/26) durch die BuStra Augsburg hat sich die Ausgangslage grundlegend verändert. Die Betriebsprüfung ist nun auch ein Strafverfahren. Jede Äußerung des Mandanten gegenüber Finanzbehörden kann strafrechtlich verwertet werden.

Drei-Säulen-Strategie

Säule 1: Sofortige Selbstanzeige (§ 371 AO)

Die Selbstanzeige für die Kapitalerträge auf dem Luxemburger Privatkonto ist innerhalb von 72 Stunden zu erstatten. Ziel: Straffreiheit für die Kapitalerträge (EUR 28.913 Nachzahlung). Diese Säule ist bereits vorbereitet.

Sperrwirkungsproblem (s. Aktenstück 14): Das Risiko besteht, dass die BuStra die Selbstanzeige wegen § 371 Abs. 2 Nr. 1a AO als gesperrt zurückweist. In diesem Fall bleibt § 378 AO (leichtfertige Steuerverkürzung, Bußgeld) als Verteidigungsargument.

Säule 2: Schadensminimierung im Steuerfestsetzungsverfahren

Jede Reduzierung des steuerlichen Hinterziehungsbetrags (durch TV oder FG-Klage) senkt direkt den strafrechtlichen Vorwurf. Das FG-Urteil wirkt im Strafverfahren faktisch als Sachverständigengutachten.

Ziel: Reduzierung des steuerlichen Hinterziehungsbetrags auf unter EUR 100.000 (Grenzwert für besonders schweren Fall nach § 370 Abs. 3 AO). Dies ist ambitioniert, aber durch TV und BFH-Verfahren möglich.

Säule 3: Strafverfahren — Verfahrensabsprache

Nach erfolgreicher Selbstanzeige (Säule 1) und Schadensminimierung (Säule 2) ist das Ziel eine Verahreenseinstellung gem. § 153a StPO gegen Zahlung einer Geldauflage. Die StA Augsburg akzeptiert bei kooperativer Haltung, vollständiger Schadenswiedergutmachung und erstem Vergehen regelmäßig § 153a-Einstellungen auch bei Hinterziehungsbeträgen bis ca. EUR 500.000 (interne Praxis, nicht kodifiziert).

Verhaltensanweisungen für den Mandanten

1. Keine Aussagen gegenüber FA, BuStra oder Polizei ohne vorherige Rücksprache mit Dr. Vellbruck-Steinheim.
2. Alle Geschäftsunterlagen sichern und nicht verändern (§ 339 StGB: Rechtsbeugung, § 274 StGB: Urkundenunterdrückung vermeiden).
3. Keine Zahlungen an die LuxCo mehr ohne Abstimmung.

4. Mitarbeiter nicht zu Aussagen anleiten (§ 160 StGB: Verleitung zur Falschaussage).

Mandantenberuhigung

Es ist wichtig, dem Mandanten zu vermitteln: Ein Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung führt in den allermeisten Fällen bei kooperativer Haltung und vollständiger Zahlung nicht zu Gefängnis. Statistisch enden über 80% der deutschen Steuerstrafverfahren mit Geldstrafe oder Einstellung nach § 153a StPO.

Quellen:

- § 370 AO — <https://dejure.org/gesetze/AO/370.html>
- § 153a StPO — <https://dejure.org/gesetze/StPO/153a.html>

Datei: 20-mandantenpsychologie-belastungssituation.md

20 — Mandantenpsychologie und Belastungssituation

Kanzleiinterne Notiz

Erstellt von: StB Falk Roosendaal nach Telefonat mit R. Marquardt-Eichenmüller, 25.06.2026

Psychische Lage des Mandanten

Reinhard Marquardt-Eichenmüller zeigt deutliche Zeichen von Überforderung. Im Telefonat am 25.06.2026 äußerte er:

- "Ich habe das alles doch nicht gewollt, der Berater hat das so empfohlen"
- "Können wir nicht einfach alles zurückzahlen und das ist erledigt?"
- "Ich mache mir Sorgen um meine Frau — sie weiß nicht, wie ernst das ist"

Analyse der Belastungsquellen

Belastungsquelle	Einschätzung
Sorge um persönliche Freiheit	Hoch — realistisch, aber beherrschbar
Geschäftliche Existenz (Unternehmen)	Mittel — kein Insolvenzrisiko bei beherrschtem Steuernachzahlungsbetrag
Reputation in der Branche	Mittel — Strafverfahren noch nicht öffentlich bekannt
Familienbelastung	Hoch — Brigitte Marquardt-Eichenmüller ist stille Kommanditistin
Schlafprobleme / Gesundheit	Vorhanden — Mandant erwähnt Schlafprobleme

Kommunikationsempfehlungen der Kanzlei

Grundsatz: Realismus ohne Panik.

1. **Klar und strukturiert informieren:** Mandant regelmäßig über Verfahrensstand informieren (2-wöchentliche Updates). Ungewissheit ist psychologisch schlimmer als schlechte Nachrichten.
2. **Schuldfragen nicht moralisch aufladen:** Die Luxemburg-Konstruktion war ein Beratungsfehler; die persönliche Schuld des Mandanten ist mäßig. Dies ist sachlich korrekt und psychologisch stabilisierend.
3. **Schadensbegrenzungs-transparenz:** Die Kanzlei schätzt, dass bei vollständiger Kooperation und Zahlung eine Bewährungsstrafe (maximal 2 Jahre auf Bewährung) das wahrscheinlichste Ergebnis ist. Kein Gefängnis bei erstmaliger Tat und Wiedergutmachung.
4. **Familieneinbeziehung:** Brigitte Marquardt-Eichenmüller sollte über die wesentlichen Risiken informiert werden, insbesondere da sie als Kommanditistin persönlich exponiert sein könnte. Empfehlung: Eigene Steuerberatung für Frau Marquardt-Eichenmüller.

Professionelle Unterstützung

Empfehlung: Mandant sollte professionelle psychologische Begleitung in Betracht ziehen. Die Kanzlei vermittelt auf Wunsch Kontakte zu Psychologen mit Erfahrung in Belastungssituationen durch strafrechtliche/steuerliche Verfahren.

Kanzleiinterne Lernhinweise

Diese Akte illustriert das klassische Muster: Mandant beauftragt einen ausländischen Berater (Schweizer Fiduciaire), der eine steuersparende Konstruktion empfiehlt, ohne die deutschen AStG-Folgen vollständig zu erklären. Der Mandant vertraut dem Berater und deklariert nichts Abweichendes in Deutschland. Die zivilrechtliche Haftung der Fiduciaire Alpina, Zürich, sollte geprüft werden.

Datei: 21-handlungsplan-zukunft.md

21 — Handlungsplan: Compliance und Zukunftssicherung

Erstellt: Oktober 2026

Autor: Gemeinsam Dr. Vellbruck-Steinheim und StB Roosendaal

Sofortmaßnahmen (Oktober–Dezember 2026)

Maßnahme	Verantwortlich	Frist
Selbstanzeige § 371 AO Kapitalerträge einreichen	Dr. Vellbruck-Steinheim	Sofort
Nachzahlung Kapitalerträge EUR 28.913 + Zinsen	Mandant	14 Tage nach Fristsetzung FA
Einspruch gegen Betriebsprüfungsbescheide	Dr. Vellbruck-Steinheim	Innerhalb Monatsfrist

Maßnahme	Verantwortlich	Frist
AdV-Antrag für BP-5 und BP-3	Dr. Vellbruck-Steinheim	Mit Einspruch
Berichtigte Rechnungen Portugal vollständig abschließen	StB Roosendaal	Oktober 2026
GoBD-konformes Kassensystem Filiale installieren	IT-Dienstleister	November 2026
LuxCo: Entscheidung über Weiterführung oder Auflösung	Mandant + Kanzlei	November 2026

Mittelfristige Maßnahmen (2027)

Maßnahme	Beschreibung
Interne Compliance-Richtlinien	Einführung eines Tax-Compliance-Management-Systems (CMS)
Vertragsrevision nahestehende Personen	Alle Verträge mit Bruder, Familienangehörigen auf Fremdvergleich prüfen
Kfz-Pool Neuordnung	Einführung verbindlicher Fahrtenbücher oder Übergang zur pauschalen 1%-Regelung mit vollständiger Dokumentation
Verrechnungspreisdokumentation	Vollständige VP-Dokumentation gem. § 90 Abs. 3 AO für alle Auslandsbeziehungen
Transfer Pricing Policy	Schriftliche Richtlinie für Verrechnungspreise LuxCo

LuxCo-Optionen

Option	Steuerliche Wirkung	Aufwand
Sofortige Liquidation	Endet die AStG-Belastung ab 2027; rückwirkende Korrektur nicht möglich	Mittel
Substanzverstärkung	Einstellung eines Mitarbeiters in Luxemburg; könnte AStG-Belastung ab 2027 beenden	Hoch (Kosten EUR 60.000+/Jahr)
Umstrukturierung	Integration der LuxCo-Funktion in dt. GmbH & Co. KG	Niedrig bis Mittel

Empfehlung: Liquidation der LuxCo im Jahr 2027 nach Abschluss des Betriebsprüfungsverfahrens und der Selbstanzeige. Gleichzeitig keine neuen Auslandsstrukturen ohne vorherige steuerliche Beratung.

Zeitplan Verfahren 2027–2029

Jahr	Erwartetes Ereignis
2027	Einspruchsentscheidung FA; ggf. FG-Klage Eingang
2027/2028	Strafverfahren BuStra: Ermittlungen, ggf. Einstellung § 153a StPO
2028	FG München Urteil 1 K 2188/26
2028/2029	BFH I R 2188/26 — Revisionszulassung oder NZB
2030	BFH-Urteil (frühestens)

Datei: 22-abschlussvermerk-rechtsanwalt-und-steuerberater.md

22 — Gemeinsamer Abschlussvermerk RA und Steuerberater

Kanzlei: Dr. Cornelia Vellbruck-Steinheim (RA/StB) und Falk Roosendaal (StB Dipl.-Kfm.)

Kanzlei-AZ: VS-2026-StR-0508

Datum: Oktober 2026

Mandant: Marquardt Handelsvertretung Maschinenbau GmbH & Co. KG, Reinhard Marquardt-Eichenmüller

Zusammenfassung des Mandatsstands

Steuerliche Dimension

Nach Abschluss der Betriebsprüfung und Einleitung der Rechtsbehelfsverfahren stellt sich die steuerliche Lage wie folgt dar:

Feststellung	Streitstatus	Geschätzte Mehrsteuer EUR
BP-1 Pkw-Pool	Einigung	32.400
BP-2 Firmenwohnung	Einigung	17.800
BP-3 Fremdvergleich Bruder	Strittig (TV/FG)	35.500–66.300
BP-4 Vorsteuer Portugal	Gelöst	1.480 (Zinsen)
BP-5 Luxemburg AStG	FG München / BFH	580.000–720.000
BP-6 Kassenführung	Einigung	12.400
Kapitalerträge Privat	Selbstanzeige	28.913
Gesamt		**708.493–878.293**

Abzüglich Anrechnung luxemburgischer Steuern (ca. EUR 85.000) ergibt sich ein realistisches Exposure von EUR 623.000–793.000 Steuer und Zinsen.

Strafrechtliche Dimension

Das Strafverfahren 188 Js 7104/26 ist eingeleitet. Bei vollständiger Kooperation und Zahlung ist eine Verfahrenseinstellung nach § 153a StPO wahrscheinlich. Das Beratungs-Team empfiehlt:

- Vollständige und unverzügliche Selbstanzeige
- Sofortige Nachzahlung der zweifelsfrei hinterzogenen Beträge
- Kooperative Haltung gegenüber der BuStra
- Keine weiteren steueroptimierenden Auslandsstrukturen

Mandatsumfang und Handlungsfelder

Das Beratungs-Team übernimmt folgende Aufgaben:

1. **StB Roosendaal:** Steuerliche Begleitung der Betriebsprüfungsfeststellungen, Erstellung korrigierter Steuererklärungen, Berechnung der Nachzahlungsbeträge.
2. **Dr. Vellbruck-Steinheim:** Einspruchsführung, AdV-Antrag, FG-Klage, BFH-Revision, Selbstanzeige § 371 AO, Strafverteidigung BuStra.
3. **Gemeinsam:** Tatsächliche Verständigung, Mandantenkommunikation, Zukunftsplanung.

Besondere Hinweise zur Plugin-Demonstration

Diese Akte demonstriert den koordinierten Einsatz von Steueranwalt und Steuerberater in einem komplexen Betriebsprüfungsverfahren mit steuerstrafrechtlicher Dimension. Das Plugin `steuerrecht-anwalt-und-berater` eignet sich für:

- Sachverhaltsanalyse und Rechtsqualifikation aller 6 Feststellungstypen
- Entwurf von Einsprüchen, AdV-Anträgen und Klageschriften
- Vorbereitung von Selbstanzeigen gem. § 371 AO
- Analyse von AStG-Konstellationen und EU-Grundfreiheitsfragen
- Strafrechtliche Risikoabschätzung und Verteidigungsstrategie
- Mandantenkommunikation und psychologische Begleitung
- Prüfung tatsächlicher Verständigungen

Schluss

Dieses Mandat ist ein Paradebeispiel für die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit von Steuerberater (Zahlen, Bilanzen, Steuererklärungen) und Steueranwalt (Verfahrensrecht, Strafrecht, Gerichtsverfahren). Ohne koordinierten Ansatz wäre das Risiko für den Mandanten deutlich höher.

Dr. Cornelia Vellbruck-Steinheim, RA/StB

Falk Roosendaal, StB Dipl.-Kfm.

Augsburg, Oktober 2026

Quellen:

- AO §§ 153, 370, 371 — <https://dejure.org/gesetze/AO>
- FGO §§ 40, 65, 115 — <https://dejure.org/gesetze/FGO>

- AStG §§ 7 ff. — <https://dejure.org/gesetze/AStG>
- BFH I R 36/14 — <https://www.bundesfinanzhof.de/>

E-Mails

Datei: email-bussgeld-und-strafsachenstelle.eml

Von	bustra-augsburg@finanzamt.bayern.de
An	kanzlei@vs-steuerrecht-augsburg.de
Datum	Mon, 22 Jun 2026 11:30:00 +0200
Betreff	Einleitung Steuerstrafverfahren - AZ 188 Js 7104/26

Kanzlei Dr. Vellbruck-Steinheim & Roosendaal

Maximilianstraße 48

86150 Augsburg

Betreff: Einleitung eines Strafverfahrens

Aktenzeichen: 188 Js 7104/26

Beschuldigter: Reinhard Marquardt-Eichenmüller, geb. 14.09.1968

Sehr geehrte Frau Dr. Vellbruck-Steinheim,

gemäß § 397 Abs. 1 AO teile ich Ihnen mit, dass gegen Ihren Mandanten Herrn Reinhard Marquardt-Eichenmüller wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung gemäß § 370 Abs. 1 Nr. 1 AO ein Strafverfahren eingeleitet wurde.

Gegenstand des Verfahrens sind:

1. Nichtangabe von Hinzurechnungsbeträgen aus der Marquardt Luxembourg S.à r.l. in den Einkommensteuererklärungen 2020-2024
2. Nichtdeklarierung von Kapitalerträgen auf einem Luxemburger Privatkonto (IBAN LU89 1234 5678 9012 3456) 2020-2024

Der Beschuldigte hat das Recht zu schweigen. Er ist nicht verpflichtet, Angaben zu machen (§ 136 StPO).

Wir werden Sie als bevollmächtigte Vertreterin über den weiteren Verfahrensverlauf informieren. Ein Antrag auf Akteneinsicht gemäß § 147 StPO kann beim unterzeichnenden Sachbearbeiter gestellt werden.

Mit freundlichem Gruß

Steuerfahnder Dipl.-Finanzwirt Klaus Wendtner

Bußgeld- und Strafsachenstelle

Finanzamt Augsburg-Stadt

AZ: 188 Js 7104/26

Tel: +49 821 121-4892

bustra-augsburg@finanzamt.bayern.de

Datei: email-fg-muenchen-terminmitteilung.eml

Von	posteingang@fg-muenchen.justiz.bayern.de
An	kanzlei@vs-steuerrecht-augsburg.de

Datum	Mon, 15 Mar 2027 10:15:00 +0100
Betreff	FG Muenchen 1 K 2188/26 - Ladung zur muendlichen Verhandlung

Finanzgericht München
Ismaninger Straße 109
81675 München

An die Bevollmächtigte:
Kanzlei Dr. Vellbruck-Steinheim & Roosendaal
Maximilianstraße 48
86150 Augsburg

Aktenzeichen: 1 K 2188/26

Sehr geehrte Frau Dr. Vellbruck-Steinheim,
in dem Verfahren

Klägerin: Marquardt Handelsvertretung Maschinenbau GmbH & Co. KG
Beklagter: Finanzamt Augsburg-Stadt

wegen Körperschaftsteuer 2022 (Hinzurechnungsbesteuerung §§ 7 ff. AStG)

wird Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt auf:

MONTAG, 12. JUNI 2027, 10:30 UHR
Sitzungssaal 210, 2. Obergeschoss

Der Berichterstatter ist Richter am FG Dr. Helmut Pretzner.

Bitte beachten Sie:

- Beweisangebote sind bis spätestens 14 Tage vor dem Termin einzureichen.
- Die Klägerin wird gebeten, den Sachverhalt zur wirtschaftlichen Tätigkeit der LuxCo in Luxemburg durch schriftliche Zeugenaussagen zu substantiieren (Hinweis des Berichterstatters).
- Etwaige Ergänzungen zur Klagebegründung sind bis 15.05.2027 einzureichen.

Parkhinweis: Das Gericht verfügt über begrenzte Parkmöglichkeiten;
Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln wird empfohlen.

Mit freundlichen Grüßen
Die Geschäftsstelle, 1. Senat
Finanzgericht München
Tel: +49 89 9201-01
posteingang@fg-muenchen.justiz.bayern.de

Datei: email-finanzamt-augsburg-erweiterte-pruefung.eml

Von	bp-augsburg-stadt@finanzamt.bayern.de
An	kanzlei@vs-steuerrecht-augsburg.de
Datum	Wed, 18 Mar 2026 09:45:00 +0100
Betreff	Marquardt Handelsvertretung 142/9999/1234 - Erweiterung Prüfungsumfang

Sehr geehrte Frau Dr. Vellbruck-Steinheim,
ich beziehe mich auf das Eröffnungsgespräch vom 16.03.2026.

Wie im Gespräch angekündigt, möchte ich Sie schriftlich darüber informieren, dass die Außenprüfung um folgende Prüfungsfelder erweitert wird:

1. Steuerliche Verhältnisse der Marquardt Luxembourg S.à r.l.
(Hinzurechnungsbesteuerung §§ 7 ff. AStG, § 50d AStG)
2. Vollständigkeit der Einnahmenerfassung in der Filiale Augsburg-Oberhausen
(GoBD-Prüfung, § 146 AO)
3. Prüfung der Verrechnungspreisdokumentation gem. § 90 Abs. 3 AO
für alle grenzüberschreitenden Leistungsbeziehungen

Ich bitte Sie, folgende Unterlagen bis spätestens 15.04.2026 nachzureichen:

- Gesellschaftsvertrag und Handelsregisterauszug Marquardt Luxembourg S.à r.l.
- Kontounterlagen und Bilanzen LuxCo 2020-2024
- Alle Korrespondenz und Verträge zwischen KG und LuxCo
- Nachweis der wirtschaftlichen Aktivität der LuxCo in Luxemburg
(Mitarbeiter, Büroräume, eigene Geschäftstätigkeit)

Ich weise darauf hin, dass eine mangelnde Mitwirkung bei der Sachaufklärung nach § 90 Abs. 1 AO Schätzungsfolgen auslösen kann.

Mit freundlichem Gruß

Dipl.-Finanzwirt Horst Kelterbaum

Betriebsprüfer BP 3, Finanzamt Augsburg-Stadt

Tel: +49 821 121-3456

bp-augsburg-stadt@finanzamt.bayern.de

Datei: email-marquardt-an-kanzlei-pruefungsanordnung.eml

Von	reinhard.marquardt-eichenmueller@marquardt-maschinenbau.de
An	kanzlei@vs-steuerrecht-augsburg.de
Datum	Mon, 02 Feb 2026 14:23:00 +0100
Betreff	Fwd: Prüfungsanordnung Finanzamt Augsburg-Stadt - dringend

Sehr geehrte Frau Dr. Vellbruck-Steinheim,

wie telefonisch kurz besprochen leite ich Ihnen die heute eingegangene Prüfungsanordnung des FA Augsburg-Stadt weiter (im Anhang als Scan).

Ich mache mir ehrlich gesagt große Sorgen - die prüfen gleich fünf Jahre.
Können wir so schnell wie möglich einen Termin vereinbaren?
Meine Frau Brigitte kommt auch mit.

Besonders nervös bin ich wegen der Luxemburg-Sache. Das hatte mir damals Herr Schneuwly von der Fiduciaire Alpina so empfohlen. Ich weiß nicht, ob das alles so in Ordnung ist.

Bitte um baldige Nachricht.

Mit freundlichen Grüßen

Reinhard Marquardt-Eichenmüller

Geschäftsführer

Marquardt Handelsvertretung Maschinenbau GmbH & Co. KG
Dieselstraße 14

86167 Augsburg
Tel: +49 821 4567-0
www.marquardt-maschinenbau.de

----- Weitergeleitete Nachricht -----

Von: bp-augsburg-stadt@finanzamt.bayern.de
Datum: 30.01.2026
Betreff: Prüfungsanordnung gem. § 196 AO — Steuernummer 142/9999/1234

Marquardt Handelsvertretung Maschinenbau GmbH & Co. KG
Geschäftsführer Reinhard Marquardt-Eichenmüller
Dieselstraße 14
86167 Augsburg

Prüfungsanordnung gem. § 196 AO

[... Inhalt der Prüfungsanordnung wie im offiziellen Schreiben ...]

Für Rückfragen stehen wir unter Tel. +49 821 121-3456 zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß
Dipl.-Finanzwirt Horst Kelterbaum
Betriebsprüfer, BP 3
Finanzamt Augsburg-Stadt

Datei: email-steuerberater-an-anwalt-strafrechtsfrage.eml

Von	f.roosendaal@vs-steuerrecht-augsburg.de
An	c.vellbruck-steinheim@vs-steuerrecht-augsburg.de
Datum	Fri, 20 Mar 2026 16:12:00 +0100
Betreff	VS-2026-StR-0508 Marquardt - INTERN: Strafrechtsfrage Luxemburg

Liebe Cornelia,

kurze Notiz nach meiner Aktendurchsicht heute Nachmittag.

Bei der Auswertung der Luxemburg-Unterlagen ist mir aufgefallen, dass die Zahlungsflüsse an die LuxCo in den Steuererklärungen der KG zwar als Betriebsausgaben erscheinen, aber in den persönlichen ESt-Erklärungen des GF gibt es keinerlei Hinweis auf die LuxCo-Gewinne oder auf Dividenden aus Luxemburg.

Ich habe Mandant heute Abend kurz angerufen. Er bestätigte: "Herr Schneuwly hat mir gesagt, das müsse ich in Deutschland nicht versteuern, weil Luxemburg das schon besteuert."

Das klingt für mich nach: Steuerhinterziehung § 370 AO, zumindest leichtfertige Steuerverkürzung § 378 AO.

Frage 1: Wann genau ist die Grenze zwischen § 370 und § 378?
Vorsatz vs. Fahrlässigkeit bei Beratungsirrtum?

Frage 2: Besteht noch eine Möglichkeit zur strafbefreienden Selbstanzeige § 371 AO, nachdem die BP-Anordnung vorliegt?
(Ich tendiere zu: ja, für das Privatkonto, das nicht in der

BP-Anordnung explizit genannt ist - aber du bist die Juristin.)

Frage 3: Sollten wir den Mandanten jetzt noch vor der nächsten
Besprechung mit dem Prüfer explizit auf § 136 StPO hinweisen?

Bin bis 18:00 Uhr im Büro.

Viele Grüße

Falk

PS: Die Kassenführungsmängel in Oberhausen sind noch schlimmer
als ich dachte. Ich schicke dir die Analyse morgen.

Excel-Tabellen

Datei: pruefungsfeststellungen-monetaer.xlsx

Tabellenblatt: Feststellungen

Marquardt Handelsvertretung — Betriebsprüfungsfeststellungen monetaer (BP 2020-2024)									
Nr	Feststellung	Pruefjahr	Steuerart	Mehrsteuer	Zinsen 6 Proz	Strafmas	Risiko	Status	Anmerkung
1	Pkw-Pool 1pct BMW X5 M50i	2020-2024	KSt/EST	32400	3888	Geldbuss	mittel	Einigung	1pct-Regelung; Kompromiss erzielt
2	Firmenwohnung Mallorca vGA	2020-2024	KSt/EST	17800	2136	Geldbuss	hoch	Einigung	vGA-Ansatz EUR 57600 vereinbart
3	Fremdvergleich Bruder vGA	2020-2024	KSt	51000	6120	Geldbuss	hoch	Strittig	Einspruch erhoben; TV-Verhandlung
4	Vorsteuer Portugal Rechnung	2023	USt	0	1480	Keine	niedrig	Geloest	Berichtigte Rechnung akzeptiert
5	Luxemburg AStG Hinzurechnung	2020-2024	KSt/GewSt	650000	78000	Freiheitsstrafe	sehr hoch	FG-Klage	FG Muenchen 1 K 2188/26 anhängig
6	Kassenführung Filiale Schätzung	2021-2024	KSt/GewSt	12400	1488	Geldbuss	mittel	Einigung	Schätzungsbetrag EUR 8500 Jahr
7	Kapitalerträge Luxemburg privat	2020-2024	EST	27985	928	Straffreiheit	kritisch	Selbstanzeige	§ 371 AO erstattet 26.06.2026

Marquardt Handelsvertretung — Betriebsprüfungsfeststellungen monetär (BP 2020-2024)									
8	Zinsen § 233a AO gesamt	2020-2024	Zinsen	0	93914	Keine	mittel	Festgesetzt	Zinslauf ab 15 Monate nach VZ
9	Straffreizuschlag § 371 AO	2020-2024	Zuschlag	4000	0	Entfall	niedrig	Bezahlt	10pct auf Nachzahlung Kapitalerträge
10	GewSt-Auswirkung BP-5 Gemeinde	2022	GewSt	80000	9600	Keine	hoch	Strittig	Parallel zu KSt-Streit
11	vGA-Korrektur ESt GF persönlich	2020-2024	ESt	42000	5040	Geldbuss	mittel	Bescheid	BP-2 und BP-3 anteilig ESt-Ebene
12	Gesamte xposure konservativ	2020-2024	Alle	917585	202594	Mischbild	sehr hoch	Laufend	Best Case ohne Luxemburg EUR 188k

Datei: selbstanzeige-luxemburg-detailmatrix.xlsx

Tabellenblatt: Luxemburg-Matrix

Selbstan zeige Lux emburg — Jahres -Detailma trix Kapit alertraeg e BGL BNP Paribas									
Konto IBAN LU89 1234 5678 9012 3456 Inhaber: Reinhard Marquard t-Eichen mueller Selbstan zeige § 371 AO, 26.06.20 26									
Jahr	Konto	Einnahm en	Nachvers teuerung	KapSt	SolZ	Zinsen	Straffhilfe	Anmerku ng	Gesamtla st
2018	BGL BNP LU89	14200	14200	3550	195	957	nein	Nicht in S elbstanze ige (Verjä hrung?)	0
2019	BGL BNP LU89	16500	16500	4125	227	770	nein	Grenzfall Verjährun g; vorsor glich mite rklaert	0
2020	BGL BNP LU89	18400	18400	4600	253	331	ja § 371	Kapitalert rag Inves tmentfon ds A	5184
2021	BGL BNP LU89	21200	21200	5300	292	286	ja § 371	Kapitalert rag Fonds A + Zinsen Tagesgel d	5878
2022	BGL BNP LU89	24800	24800	6200	341	223	ja § 371	Kapitalert rag Fonds A + Dividen den SICAV	6764

Selbstan zeige Lux emburg — Jahres -Detailma trix Kapit alertraeg e BGL BNP Paribas									
2023	BGL BNP LU89	19600	19600	4900	270	88	ja § 371	Kapitalert rag gemi schte Fonds	5258
2024	BGL BNP LU89	22100	22100	5525	304	0	ja § 371	Kapitalert rag Fonds B; Zinsen gestiegen	5829
Summe 2 020-2024		106100	106100	26525	1460	928		Maßgebli cher Nac hzahlung sbetrag	28913
Summe gesamt		136300	136300	34200	1882	2655		Inkl. 2018 -2019 zur Vollstaen digkeit	38737
Quellen: § 371 AO https://dejure.org/gesetze/AO/371.html § 235 AO https://dejure.org/gesetze/AO/235.html § 20 EStG https://dejure.org/gesetze/EStG/20.html									

Word-Dokumente

Datei: einspruch-bescheid-2022.docx

Kanzlei Dr. Vellbruck-Steinheim & Roosendaal

An das Finanzamt Augsburg-Stadt, Schleißheimer Straße 132, 86150 Augsburg

Augsburg, Oktober 2026

EINSPRUCH gem. § 347 AO

nebst Antrag auf Aussetzung der Vollziehung gem. § 361 AO

Mandant: Marquardt Handelsvertretung Maschinenbau GmbH & Co. KG, Dieselstraße 14, 86167 Augsburg

Steuernummer: 142/9999/1234 | Kanzlei-AZ: VS-2026-StR-0508

I. Einspruchsgegenstand

Wir legen hiermit fristgerecht Einspruch ein gegen den Körperschaftsteuer-Änderungsbescheid 2022 sowie den Bescheid über den Gewerbesteuermessbetrag 2022, jeweils in Gestalt der Betriebsprüfungsfeststellungen.

II. Begründung

A) Hinzurechnungsbesteuerung § 7 AStG (BP-Feststellung 5)

Die Hinzurechnung von EUR 510.000 Provisionen der Marquardt Luxembourg S.à r.l. für das Jahr 2022 ist rechtswidrig aus folgenden Gründen:

1. Die LuxCo erzielte funktional aktive Dienstleistungseinkünfte (§ 8 Abs. 1 Nr. 4 AStG). Die gegenteilige Einstufung als Zwischeneinkünfte durch den Prüfer entbehrt einer hinreichenden Sachverhaltsaufklärung.
2. Die Hinzurechnungsbesteuerung nach § 7 AStG ist im Lichte der Niederlassungsfreiheit (Art. 49 AEUV) europarechtskonform auszulegen. Die LuxCo ist keine rein künstliche Gestaltung; sie unterhielt Geschäftspartner in Luxemburg und Belgien.
3. Es gilt der Gegenbeweis nach § 8 Abs. 2 AStG, da die LuxCo einer tatsächlichen wirtschaftlichen Tätigkeit im EU-Ausland nachging (Nachweis: Reiseberichte, Kundenkorrespondenz, Zeugenaussage J.-P. Fontaine).

B) vGA Fremdvergleich Bruder (BP-Feststellung 3)

Der Fremdvergleichspreis von EUR 52.000 ist methodisch unzureichend ermittelt. Ein marktkonformer Preis für spezialisierte Maschinenbau-Netzwerkberatung liegt bei mindestens EUR 72.000. Wir beantragen Reduzierung der vGA auf EUR 23.000/Jahr.

III. Antrag auf Aussetzung der Vollziehung (§ 361 AO)

Wir beantragen die Aussetzung der Vollziehung für den streitigen Betrag von EUR 660.000 (Mehrsteuer BP-5 + BP-3). Es bestehen ernstliche Zweifel i.S.v. § 361 Abs. 2 Satz 2 AO, insbesondere zur EU-Rechtskonformität der AStG-Hinzurechnung (EuGH C-196/04 — Cadbury Schweppes).

IV. Beweisangebote

- Reisekostenabrechnungen GF Marquardt-Eichenmüller (Luxemburg, Lissabon, Porto)

- E-Mail-Korrespondenz über LuxCo-Account (2020–2024)
- Zeuge: Jean-Pierre Fontaine, Geschäftspartner, Luxemburg-Stadt
- Marktpreisstudie Vertriebsberatung Maschinenbau (in Vorbereitung)

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Cornelia Vellbruck-Steinheim, RA/StB

Quellen: § 347 AO <https://dejure.org/gesetze/AO/347.html> | § 361 AO <https://dejure.org/gesetze/AO/361.html> | §§ 7 ff. AStG <https://dejure.org/gesetze/AStG> | EuGH C-196/04 <https://openjur.de>

Datei: klageschrift-fg-muenchen.docx

FINANZGERICHT MÜNCHEN

Az.: 1 K 2188/26

KLAGESCHRIFT

Klägerin: Marquardt Handelsvertretung Maschinenbau GmbH & Co. KG

Dieselstraße 14, 86167 Augsburg

— vertreten durch Dr. Cornelia Vellbruck-Steinheim, RA/StB —

Beklagter: Finanzamt Augsburg-Stadt, Schleißheimer Straße 132, 86150 Augsburg

Streitgegenstand: Körperschaftsteuer und Gewerbesteuermessbetrag 2022

I. Klageanträge

1. Der Körperschaftsteuer-Änderungsbescheid 2022 des FA Augsburg-Stadt in Gestalt der Einspruchsentscheidung vom 15.10.2026 wird aufgehoben, soweit er über die bisher festgesetzte Steuer von EUR 366.230 hinausgeht.
2. Die Zuziehung eines Bevollmächtigten für das Vorverfahren wird für notwendig erklärt (§ 139 Abs. 3 FGO).
3. Hilfsweise: Die Körperschaftsteuer 2022 wird unter Berücksichtigung einer AStG-Hinzurechnung von maximal EUR 200.000 (statt EUR 510.000) festgesetzt.

II. Zulässigkeit

Die Klage ist gem. § 40 Abs. 1 FGO als Anfechtungsklage statthaft. Das Vorverfahren (§ 44 FGO) ist abgeschlossen. Die Klagefrist des § 47 FGO (1 Monat) ist gewahrt. Die Klägerin ist beschwert i.S.v. § 40 Abs. 2 FGO.

III. Begründung

A) Zum Hauptantrag: Rechtswidrigkeit der AStG-Hinzurechnung

1. Aktive Einkünfte nach § 8 Abs. 1 Nr. 4 AStG: Die Marquardt Luxembourg S.à r.l. (LuxCo) erzielte Einkünfte aus Dienstleistungen, die funktional aktive Tätigkeiten darstellen. § 8 Abs. 1 Nr. 4 AStG nimmt solche Einkünfte aus der Hinzurechnungsbesteuerung heraus, soweit die Gesellschaft tatsächlich am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr teilnimmt. Dies hat die LuxCo durch Kundenbetreuung in Luxemburg, Belgien und Portugal getan.
2. EU-Rechtskonformität: Nach EuGH C-196/04 (Cadbury Schweppes, <https://openjur.de>) ist eine nationale Hinzurechnungsbesteuerung mit der Niederlassungsfreiheit (Art. 49 AEUV) nur vereinbar, wenn

sie sich auf rein künstliche Gestaltungen beschränkt. Die LuxCo ist keine rein künstliche Gestaltung; sie unterhält eine Geschäftsbeziehung mit Dritten und wird im allgemeinen Geschäftsverkehr wahrgenommen.

3. Substanz-Gegenbeweis § 8 Abs. 2 AStG: Auch bei Annahme von Zwischeneinkünften steht der LuxCo der Gegenbeweis offen. Der Beweis liegt im erheblichen Reiseaufwand des GF für Kundentermine in Südeuropa (Nachweis: Reisekostenabrechnungen 2020–2024) sowie in der nachweislichen Umsatzgenerierung aus der Region.

B) Zum Hilfsantrag: Reduzierung der Hinzurechnungsbasis

Selbst wenn eine Hinzurechnung dem Grunde nach berechtigt sein sollte, ist die Hinzurechnungsbasis auf den Teil der Provisionszahlungen zu beschränken, der nicht auf aktiver Tätigkeit des GF beruht. Nach sorgfältiger Analyse entfallen auf aktive Leistungen mindestens 60% der Provisionen, sodass die Hinzurechnungsbasis auf EUR 200.000 zu reduzieren ist.

IV. Beweisangebote

- Zeuge Jean-Pierre Fontaine, Luxemburg (Geschäftspartner): Zum Inhalt und Umfang der Geschäftsbeziehung
- Reisekostenbelege 2020–2024 (Luxemburg, Portugal)
- E-Mail-Korrespondenz LuxCo-Account (Beiakte)
- Urkunde: Agenturvertrag LuxCo — KG 2018

Augsburg, Oktober 2026

Dr. Cornelia Vellbruck-Steinheim

Rechtsanwältin / Steuerberaterin

Quellen: § 40 FGO <https://dejure.org/gesetze/FGO/40.html> | § 65 FGO

<https://dejure.org/gesetze/FGO/65.html> | §§ 7 ff. AStG <https://dejure.org/gesetze/AStG> | EuGH C-196/04

<https://openjur.de> | BFH I R 36/14 <https://www.bundesfinanzhof.de>

Datei: selbstanzeige-marquardt-luxemburg-konstellation.docx

Kanzlei Dr. Vellbruck-Steinheim & Roosendaal

Rechtsanwältin/Steuerberaterin Dr. Cornelia Vellbruck-Steinheim | Steuerberater Dipl.-Kfm. Falk Roosendaal

Maximilianstraße 48, 86150 Augsburg | Tel: +49 821 9876-0 | kanzlei@vs-steuerrecht-augsburg.de

An das

Finanzamt Augsburg-Stadt

Schleißheimer Straße 132

86150 Augsburg

Augsburg, 26.06.2026

Selbstanzeige gem. § 371 AO

für Herrn Reinhard Marquardt-Eichenmüller, Steuernummer 142/8888/5678

Nichtdeklarierte Kapitalerträge aus Luxemburger Privatkonto 2020–2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Vollmacht und Auftrag unseres Mandanten, Herrn Reinhard Marquardt-Eichenmüller, erstatten wir die folgende Selbstanzeige gem. § 371 Abs. 1 AO und beantragen die Gewährung von Straffreiheit.

I. Sachverhalt

Unser Mandant unterhielt im Prüfungszeitraum 2020 bis 2024 ein Privatkonto bei der BGL BNP Paribas S.A., Luxemburg (IBAN: LU89 1234 5678 9012 3456). Auf diesem Konto wurden Kapitalerträge aus luxemburgischen Investmentfonds sowie Zinsgutschriften erzielt, die in den deutschen Einkommensteuererklärungen der Jahre 2020 bis 2024 nicht angegeben wurden.

II. Berichtigte Angaben

Die bisher unrichtig gemachten Angaben werden wie folgt berichtigt:

Tabelle: Kapitalerträge Luxemburg Privatkonto 2020–2024

III. Nachentrichten (§ 371 Abs. 3 AO)

Wir bitten, den Nachzahlungsbetrag inkl. Hinterziehungszinsen gem. § 235 AO (1,8% p.a.) mitzuteilen. Unser Mandant ist bereit, den vollständigen Betrag innerhalb von 14 Tagen nach Mitteilung zu entrichten.

IV. Vollständigkeitserklärung (§ 371 Abs. 1 AO)

Die vorstehenden Angaben sind nach Überzeugung der Unterzeichnerin vollständig und richtig. Weitere bislang nicht erklärte Einkünfte aus dem genannten Luxemburger Konto sind nicht bekannt.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Cornelia Vellbruck-Steinheim

Rechtsanwältin / Steuerberaterin

Rechtsgrundlagen: § 371 AO (<https://dejure.org/gesetze/AO/371.html>), § 235 AO (<https://dejure.org/gesetze/AO/235.html>)

Veranlagungsjahr	Kapitalertrag EUR	KapSt 25% EUR	SoIZ EUR	Summe EUR
2020	18.400	4.600	253	4.853
2021	21.200	5.300	292	5.592
2022	24.800	6.200	341	6.541
2023	19.600	4.900	270	5.170
2024	22.100	5.525	304	5.829
Summe	106.100	26.525	1.460	27.985

Bildanlagen und Screenshots

Datei: bilanzauszug-2022.jpg

Bilanzauszug Geschäftsjahr 2022 (Scan)	
Marquardt Handelsvertretung Maschinenbau GmbH & Co. KG Jahresabschluss 31.12.2022	
Bilanz 31.12.2022 (Auszug, EUR)	
AKTIVA	
Anlagevermögen gesamt:	2.847.000
— davon Firmenwohnung Mallorca:	—680.000
davon Kfz-Pool:	534.000
Umlaufvermögen:	3.124.000
Bilanzsumme:	5.971.000
PASSIVA	
Eigenkapital:	1.840.000
Verbindlichkeiten ggü. Kredit:	2.630.000
— Sonstige Verbindlichkeiten:	—1.501.000
Bilanzsumme:	5.971.000
GuV-Auszug 2022	
Umsatz:	18.400.000
Personalkosten:	6.240.000
— Fremdleistungen (Bruder):	—95.000
Provisionen Luxemburg:	510.000
EBIT:	1.240.000
Marquardt Handelsvertretung Maschinenbau GmbH & Co. KG Kanzlei VS-2026-StR-0508 Augsburg	

Bilddatei: bilanzauszug-2022.jpg

Datei: marquardt-bueroraeume-augsburg.jpg

Marquardt Handelsvertretung — Büroräume Augsburg

Dieselstraße 14, 86167 Augsburg-Oberhausen | Hauptsitz der GmbH & Co. KG

Unternehmensstandort Augsburg

Marquardt Handelsvertretung Maschinenbau GmbH & Co. KG

Dieselstraße 14, 86167 Augsburg

ca. 38 Mitarbeiter | Jahresumsatz ca. 18 Mio. EUR

Betriebsstätten:

| Hauptsitz: Dieselstraße 14, Augsburg-Oberhausen

| Filiale (Ersatzteile): Dieselstraße 18, Augsburg-Oberhausen

| Repräsentanz: Maximilianstraße 22, Augsburg-Innenstadt

Prüfungskontext:

| Betriebsprüfung FA Augsburg-Stadt 2026

| Steuernummer 142/9999/1234

| Prüfungszeitraum VZ 2020-2024

| 6 Prüfungsfeststellungen (BP-1 bis BP-6)

Marquardt Handelsvertretung Maschinenbau GmbH & Co. KG | Kanzlei VS-2026-StR-0508 | Augsburg

Bilddatei: marquardt-bueroraeume-augsburg.jpg

Datei: pruefungsfeststellungen-uebersicht.jpg

Betriebsprüfung 2020-2024 — Feststellungen Übersicht

FA Augsburg-Stadt | BP Kelterbaum | Kanzlei VS-2026-StR-0508

Prüfungsfeststellungen BP-1 bis BP-6

Nr.	Feststellung	Mehrsteuer EUR	Risiko
BP-1	Pkw-Pool 1 %-Regelung	32.400	mittel
BP-2	Firmenwohnung Mallorca vGA	17.800	hoch
BP-3	Fremdvergleich Bruder vGA	35.500-66.300	hoch
BP-4	Vorsteuer Portugal	1.480	niedrig
BP-5	Luxemburg AStG §§ 7 ff.	580.000-720.000	sehr hoch
BP-6	Kassenführung GoBD	12.400	mittel

Kapitalerträge Privat (Selbstanzeige § 371 AO):

| Privatkonto BGL BNP Paribas LU | 27.985 | kritisch

Gesamtexposure (Schätzung): EUR 708.000 – EUR 878.000

Strafrecht § 370 AO: BuStra AZ 188 Js 7104/26 eröffnet

FG München 1 K 2188/26 eingereicht | BFH I R 2188/26

Marquardt Handelsvertretung Maschinenbau GmbH & Co. KG | Kanzlei VS-2026-StR-0508 | Augsburg

Bilddatei: pruefungsfeststellungen-uebersicht.jpg

PDF-Anhang: klageschrift-fg-muenchen-final.pdf

Datei: klageschrift-fg-muenchen-final.pdf

FINANZGERICHT MÜNCHEN

Az.: 1 K 2188/26

Klägerin:	Marquardt Handelsvertretung Maschinenbau GmbH & Co. KG Dieselstraße 14, 86167 Augsburg — vertreten durch Dr. Cornelia Vellbruck-Steinheim, RA/StB —
Beklagter:	Finanzamt Augsburg-Stadt Schleißheimer Straße 132, 86150 Augsburg
Streitgegenstand:	Körperschaftsteuer und Gewerbesteuermessbetrag 2022 — Hinzurechnungsbesteuerung §§ 7 ff. AStG; vGA Fremdvergleich
Streitwert:	ca. EUR 630.000 (KSt + GewSt + Nebenleistungen 2022)

KLAGESCHRIFT

I. Klageanträge

- Der Körperschaftsteuer-Änderungsbescheid 2022 des Finanzamts Augsburg-Stadt in Gestalt der Einspruchsentscheidung vom 15. Oktober 2026 wird aufgehoben, soweit er über die bisher festgesetzte Steuer von EUR 366.230 hinausgeht.
- Die Zuziehung eines Bevollmächtigten für das Vorverfahren wird für notwendig erklärt (§ 139 Abs. 3 FGO).
- Hilfsweise: Die Körperschaftsteuer 2022 wird unter Berücksichtigung einer AStG-Hinzurechnung von maximal EUR 200.000 (statt EUR 510.000) festgesetzt.

II. Zulässigkeit

Die Klage ist gemäß § 40 Abs. 1 FGO als Anfechtungsklage statthaft. Das Vorverfahren nach § 44 FGO ist durch die Einspruchsentscheidung vom 15.10.2026 abgeschlossen. Die Klagefrist des § 47 FGO (1 Monat) ist gewahrt. Die Klägerin ist durch die angefochtenen Bescheide in ihren Rechten verletzt (§ 40 Abs. 2 FGO).

III. Begründung

A) Aktive Einkünfte nach § 8 Abs. 1 Nr. 4 AStG

Die Marquardt Luxembourg S.à r.l. (LuxCo) erzielte Einkünfte aus Dienstleistungen, die funktional aktive Tätigkeiten darstellen (Vertrieb und Kundenbetreuung Südeuropa). § 8 Abs. 1 Nr. 4 AStG nimmt solche aktiven Dienstleistungseinkünfte aus der Hinzurechnungsbesteuerung heraus. Die gegenteilige Einstufung als passive Zwischeneinkünfte durch den Betriebsprüfer entbehrt einer hinreichenden Sachverhaltsaufklärung und widerspricht der BFH-Rechtsprechung zu § 8 AStG (BFH I R 36/14, Bundesfinanzhof.de).

B) Europarechtskonformität — Niederlassungsfreiheit Art. 49 AEUV

Nach EuGH C-196/04 (Cadbury Schweppes) ist eine nationale Hinzurechnungsbesteuerung mit der Niederlassungsfreiheit nur vereinbar, wenn sie sich auf rein künstliche Gestaltungen beschränkt. Die LuxCo ist keine rein künstliche Gestaltung: Sie unterhält eine Geschäftsbeziehung mit dritten Unternehmen in Luxemburg, Belgien und Portugal. Der Geschäftsführer unternahm nachweislich Dienstreisen in diese Länder (Reisekostenabrechnungen als Beweismittel).

C) Gegenbeweis § 8 Abs. 2 AStG

Selbst bei Unterstellung von Zwischeneinkünften steht der LuxCo der Substanz-Gegenbeweis nach § 8 Abs. 2 AStG offen. Die wirtschaftliche Tätigkeit im EU-Ausland ist durch die vorgelegten Kundenkontakte, Reisekostenabrechnungen und die Zeugenaussage von Herrn Jean-Pierre Fontaine (Luxemburg) nachweisbar.

IV. Beweisangebote

Nr.	Beweismittel	Beweisthema
1	Zeuge Jean-Pierre Fontaine, Luxemburg-Stadt	Inhalt und Umfang der Geschäftsbeziehung LuxCo
2	Reisekostenbelege GF 2020-2024 (Anlage)	Tatsächliche Reisetätigkeit LuxCo-bezogen
3	E-Mail-Korrespondenz LuxCo-Account	Eigenständige Kundenkommunikation LuxCo
4	Urkunde: Agenturvertrag LuxCo-KG 2018	Vertragliche Grundlage der Provisionen
5	Marktpreisstudie Vertriebsberatung	Angemessenheit Fremdvergleich BP-3

Augsburg, Oktober 2026

Dr. Cornelia Vellbruck-Steinheim

Rechtsanwältin / Steuerberaterin

Kanzlei VS-2026-StR-0508

Rechtsquellen: § 40 FGO — <https://dejure.org/gesetze/FGO/40.html> | § 65 FGO — <https://dejure.org/gesetze/FGO/65.html> | §§ 7 ff. AStG — <https://dejure.org/gesetze/AStG> | BFH I R 36/14 — <https://www.bundesfinanzhof.de> | EuGH C-196/04 — <https://openjur.de>

PDF-Anhang: selbstanzeige-final.pdf

Datei: selbstanzeige-final.pdf

KANZLEI DR. VELLBRUCK-STEINHEIM & ROSENDAAL

Rechtsanwältin/Steuerberaterin Dr. Cornelia Vellbruck-Steinheim | StB Dipl.-Kfm. Falk Rosendaal

Maximilianstraße 48 | 86150 Augsburg | kanzlei@vs-steuerrecht-augsburg.de

An das

Finanzamt Augsburg-Stadt

Schleißheimer Straße 132

86150 Augsburg

Augsburg, 26. Juni 2026

SELBSTANZEIGE GEM. § 371 AO

für Herrn Reinhard Marquardt-Eichenmüller, StNr. 142/8888/5678

Nichtdeklarierte Kapitalerträge — Konto BGL BNP Paribas Luxemburg 2020–2024

Kanzlei-AZ: VS-2026-StR-0508

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Vollmacht und Auftrag unseres Mandanten Herrn Reinhard Marquardt-Eichenmüller erstatten wir die nachfolgende Selbstanzeige gemäß § 371 Abs. 1 AO und beantragen die Gewährung von Straffreiheit nach § 371 AO.

I. Sachverhalt

Unser Mandant unterhielt ab dem Veranlagungszeitraum 2018 ein Privatkonto bei der BGL BNP Paribas S.A., Luxemburg (IBAN: LU89 1234 5678 9012 3456). Auf diesem Konto wurden Kapitalerträge aus luxemburgischen Investmentfonds sowie Zinsgutschriften erzielt. Diese Erträge wurden auf Anraten des Schweizer Beraters Fiduciaire Alpina, Zürich (Herr Henri Schneuwly), nicht in den deutschen Einkommensteuererklärungen der Jahre 2020 bis 2024 deklariert. Herr Schneuwly hatte fälschlicherweise mitgeteilt, dass die in Luxemburg einbehaltene Quellensteuer (Retenue à la source) die deutsche Steuerpflicht erledige.

II. Berichtigte Angaben (§ 371 Abs. 1 AO)

Die bisher unrichtig gemachten Angaben in den Einkommensteuererklärungen 2020–2024 werden wie folgt berichtigt:

Jahr	Kapitalertrag EUR	KapSt 25% EUR	SolZ 5,5% EUR	Summe EUR
2020	18.400	4.600	253	4.853
2021	21.200	5.300	292	5.592
2022	24.800	6.200	341	6.541
2023	19.600	4.900	270	5.170
2024	22.100	5.525	304	5.829
Summe	106.100	26.525	1.460	27.985

III. Nachentrichten (§ 371 Abs. 3 AO)

Unser Mandant ist bereit, den vollständigen Nachzahlungsbetrag von EUR 27.985 zuzüglich der Hinterziehungszinsen gemäß § 235 AO (1,8% p.a.) sowie eines etwaigen Zuschlags nach § 398a AO innerhalb von 14 Tagen nach Mitteilung des Nachzahlungsbetrags zu entrichten.

IV. Vollständigkeitserklärung und Sperrwirkung

Wir erklären, dass die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen vollständig und richtig sind. Weitere nicht erklärte Einkünfte aus dem Luxemburger Konto sind nicht bekannt. Die Selbstanzeige ist nach unserer Rechtsauffassung nicht durch § 371 Abs. 2 Nr. 1a AO gesperrt, da das genannte Privatkonto nicht Gegenstand der Prüfungsanordnung vom 27.01.2026 ist.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Cornelia Vellbruck-Steinheim

Rechtsanwältin / Steuerberaterin

Rechtsquellen: § 371 AO — <https://dejure.org/gesetze/AO/371.html> | § 235 AO — <https://dejure.org/gesetze/AO/235.html> | § 398a AO — <https://dejure.org/gesetze/AO/398a.html>